

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



Ergänzung zur Tagesordnung
Complément à l'ordre du jour
Complemento all'ordine del giorno

Nationalrat / Conseil national / Consiglio nazionale

Sommeression 2026

Session d'été 2026

Sessione estiva 2026

Stand / état / stato: 05.06.2026

Fragestunde vom 08.06.2026 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)

Heure des questions du 08.06.2026 (Art. 31 du Règlement du Conseil national)

Ora delle domande 08.06.2026 (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr.	Geschäftstitel	Eingereichter Text
No.	Titre de l'objet	Texte déposé
n.	Titolo dell'oggetto	Testo depositato

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

26.7300	DE FR IT	Fra. Schneider-Schneiter. Wann wird das Kommissionspostulat 23.4332 veröffentlicht?	Am 11.3.24 hat der NR das Kommissionspostulat 23.4332 «Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen» angenommen. Die Beantwortungsfrist umfasst 2 Jahre. 1. Wird der Postulatsbericht bis Ende Juni veröffentlicht? 2. Abgesehen von der unbestrittenen Kreislaufwirtschaft: Welche raumplanerischen Massnahmen sieht der Bundesrat zur Stärkung zum Abbau von inländischen Primärrohstoffen vor?
26.7302	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Zugewanderte mit Nummernschildern ihrer Herkunftsländer	Viele Zugewanderte fahren in der Schweiz weiterhin mit den Nummernschildern ihrer Herkunftsländer herum und bezahlen damit in der Schweiz keine Motorfahrzeugabgaben. - Wie viele Zugewanderte fahren aktuell in der Schweiz mit den Nummernschildern ihrer Herkunftsländern herum und wie viele Abgaben können so nicht eingenommen werden? - Was unternimmt der Bundesrat gegen diese offensichtliche Rechtswidrigkeit?

26.7303	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Fräulein Rottenmeier im Auto	Wer heutzutage in seinem Auto Motor-Abstellautomechanik, Assistenz- und Warnsysteme im Auto dauerhaft abstellen will, erhält als Auskunft, dies gehe aus rechtlicher Sicht nicht. Technisch wäre es allerdings machbar. - Gestützt auf rechtlichen Grundlagen lassen sich derzeit in der Schweiz Assistenz- und Warnsysteme im Auto nicht dauerhaft abstellen? - Mit welchen Sanktionen müsste ein Fahrzeughalter und / oder ein Garagist rechnen, wenn er oder sie solche Systeme heute dauerhaft abstellen würden?
26.7319	DE FR IT	Fra. de Courten. Governance und Rollenklarheit im Bahnwesen	Der BR bestätigt in meiner IP 26.3143 das Governance-Modell der SBB, ohne auf kritische Punkte einzugehen. Die GPK-S moniert Defizite in der Aufsicht durch das BAV. - Wie ist die Aussage des BR, dass das Governance-Modell gut funktioniert, mit dieser Kritik vereinbar? - Ist die Abhängigkeit des BAV von der SBB bei Planungsgrundlagen nicht die Ursache für die kritisierten Steuerungsfehler? - Wie wird sichergestellt, dass die SBB ihre Fernverkehrsinteressen nicht überproportional einbringt?
26.7322	DE FR IT	Fra. Töngi. Von 10 auf 1: Internationale Verbindungen ab Bahnhof Luzern	Vor 40 Jahren fuhren von Luzern täglich zehn internationale Züge in verschiedene Richtungen ab. Mit dem neuen Fahrplan soll ab 2027 noch ein einziger internationaler Zug in Luzern halten. Ein zweiter Zug, der bisher in Luzern hielt, wird neu ab Zürich geführt. - Erachtet der Bundesrat die Bedienung des drittstärksten frequentierten Bahnhofs der Schweiz mit internationalen Zügen als genügend? - Weshalb gibt es Trassen Richtung Mailand ab Zürich, nicht aber ab Luzern? - Gibt es Aussicht auf Besserung?
26.7328	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Jährlich eine Million Kubikmeter mehr Holz ernten im Schweizer Wald?	Die Ausarbeitung der neuen Strategie Integralen Wald und Holz Strategie (IWHS) 2050 ist gemässe dem BAFU Bericht 25.04.23 im Gange und in drei separate Teile gegliedert: I) II) III) Strategie: «IWHS 2050»; Massnahmenplan: «Massnahmenplan 2025-2032 zur Umsetzung der IWHS 2050»; Indikatoren: «Indikatoren zur IWHS 2050». Die Veröffentlichung des Massnahmenplans sollte bis Ende 2025 erfolgen. Wie ist der Stand der Arbeiten und Massnahmen, insbesondere im Bereich des Privatwald Potenzials?
26.7332	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Planungs- oder Bauaufträge für Reservekraftwerke?	In der Vernehmlassungsvorlage zur Stromreserverordnung wird erwähnt, dass bis Ende Juni 2026 die Verträge für den Bau neuer Reservekraftwerke unterzeichnet werden sollen. Ich ging bisher davon aus, dass vorerst Planungsverträge gemacht werden, deren Gelder im Budget bereits eingestellt oder beantragt wurden und dann die Bauverträge gestuft und nach eingehender neuer Bedarfsanalyse und im Sinne der Aufbaukaskade im neuen Gesetz später erteilt werden. Können Sie erläutern, was nun ihr Plan ist?

26.7333	DE FR IT	Fra. Paganini. Aufbaukaskade für die Stromreserve	Im April hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Stromreserverordnung eröffnet. Dort fehlen die Ausführungsbestimmungen zur Aufbaukaskade der Reserve, wie sie das Parlament neu ins Gesetz geschrieben hat (Art. 8b StromVG). Wieso ist das so und wird dieser Teil noch nachgeliefert und ebenfalls vernehmlasst?
26.7334	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Droht ein neues Auslandabenteuer der Swisscom mit TIM?	Die Swisscom hat einen langfristigen Rahmenvertrag für Funktürme in Italien einseitig gekündigt und ein Turm-JointVenture mit TIM vereinbart: Folgekosten von über 2 Mrd. EUR, mehrere Gerichtsverfahren hängig, Kartellverfahren der it. Wettbewerbsbehörde eröffnet. - Wurde der BR vorgängig informiert? - Ist dieses Vorgehen mit der Eignerstrategie vereinbar? - Welche finanziellen, rechtlichen u. reputationsbezogenen Risiken sieht der BR für den Bund als Mehrheitsaktionär? - Droht ein neues Auslandabenteuer?
26.7337	DE FR IT	Fra. Tuosto. Verschärfung der Kriterien der Wirtschaftlichkeit durch das Bundesamt für Verkehr: Welche Strecken werden betroffen sein?	Ende April 2026 kündigte das Bundesamt für Verkehr (BAV) eine Überarbeitung der Richtlinie zur minimalen Wirtschaftlichkeit im regionalen Personenverkehr (RPV) an. Die Richtlinie sieht einen neuen, deutlich höheren Schwellenwert zur minimalen Wirtschaftlichkeit vor: Für Bus- und Bahnangebote, die über einen Halbstundentakt hinausgehen, soll neu ein minimaler Kostendeckungsgrad von 30 Prozent vorgegeben werden. Wird die 30-Prozent-Schwelle nicht erreicht, kann das Angebot beschränkt werden. Das Parlament hat jedoch beschlossen, den RPV-Verpflichtungskredit zu erhöhen, um die Regionen zu unterstützen.
26.7338	DE FR IT	Fra. Pult. Welche Gesetzesgrundlage für neue Reservekraftwerke?	Im Juni 2025 hat das Parlament das Gesetz zur Stromreserve verabschiedet. Dieses soll erst per 1.7.2027 in Kraft treten. Zwischenzeitlich will der Bundesrat gemäss seinem Bericht zur Stromreserverordnung bis Ende Juni 2026 Verträge für neue Reservekraftwerke abschliessen. Dies soll gemäss gleichem Bericht explizit basierend auf altem Recht geschehen. Aus Sicht des Parlamentes stellt sich nun die Frage: Ist dies rechtlich haltbar und ist es gegenüber dem Willen des Parlaments zu verantworten?
26.7344	DE FR IT	Fra. Roth Pasquier. Aufkleber auf unseren Früchten. Auch in unseren Böden? Wo stehen wir?	Die Antwort des Bundesrates auf meine Frage 25.7532 im Juni 2025 lautete, dass eine Studie zu diesem Thema bald abgeschlossen werde. Da keine konkreten Fortschritte erzielt wurden, möchte ich erfahren, wie es um diese Studie steht. Welche konkreten Massnahmen will der Bundesrat angesichts der jüngsten Studien zur Mikroplastikbelastung umsetzen und innerhalb welcher Fristen, handelt es sich dabei doch eigentlich um ein Problem, das relativ einfach zu lösen ist?

26.7353	DE FR IT	Fra. Rüegger. KORA veröffentlicht keine Statistik mehr zu Wolfsrissen an Nutztieren	1. Warum und seit wann führt das BAFU die bisher bewährte Statistik der durch Wölfe gerissenen Nutztiere nicht weiter? 2. Werden zukünftig die Wolfsrisse an Nutztieren wieder vollumfänglich erfasst und publiziert, auch in Anbetracht der rasant steigenden Wolfsrudel von 30 auf 40 Rudel (Schweizer- und Grenzgängerrudel) innert den Jahren 2023 auf 2024? 3. Insbesondere auch von a) gerissenen Nutztieren auf nicht schützbaaren Alpen sowie b) von nicht entschädigungsberechtigten Risstieren?
26.7359	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Die Schweiz darf ihre Klimaziele nicht aufs Spiel setzen	Die Klimaemissionen 2030 müssen mindestens um 50% tiefer sein als 1990 und der Durchschnitt der Emissionen aus den Jahren 2021–2030 mindestens um 35% unter dem Niveau von 1990. Inlandmassnahmen reichen nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen und die rechtzeitige Beschaffung von Auslandszertifikaten wird immer unwahrscheinlicher. - Wie sollen die verbindlichen Ziele erreicht werden? - Braucht es zusätzliche Anstrengungen? Falls ja, welche? - Braucht es einen Kurswechsel bei den Auslandszertifikaten?
26.7361	DE FR IT	Fra. Golay Roger. Was ist bei der Eidgenössischen Elektrizitätskommission los?	Die Eidgenössische Elektrizitätskommission hat 2018 ein Prüfverfahren hinsichtlich der Stromtarife der Services Industriels de Genève für den Zeitraum 2013 bis 2018 eröffnet. Acht Jahre später wurde das Verfahren noch immer nicht per Verfügung abgeschlossen. - Weshalb dauert dieses Verfahren so lange? - Ist eine achtjährige Bearbeitungsdauer vereinbar mit dem Beschleunigungsgebot und den Anforderungen an die Rechtssicherheit bei einer staatlichen Regulierungsbehörde? - Die Genferinnen und Genfer warten gespannt auf den Ausgang dieses Verfahrens, in dem geklärt werden soll, ob sie durch nicht konforme Tarife benachteiligt wurden.
26.7362	DE FR IT	Fra. Weber. Die Prüfung von Herdenschutzhunden verbessern	Gemäss der Antwort des Bundesrates auf die Interpellation 25.4031 würde eine noch bessere Beachtung der Vorgaben des Bundes es ermöglichen, die Erfolgsquote der Hunde bei der ersten Prüfung zu erhöhen. Indem die Hunde jedoch auf Weideflächen gebracht werden, die sie nicht kennen und auf denen sie nie arbeiten werden, werden sie bewusst in eine Situation versetzt, mit der sie nur schwer zurechtkommen. Weshalb weigert sich der Bundesrat trotz einer Durchfallquote von 40 Prozent, die Praxis zu überdenken?
26.7366	DE FR IT	Fra. Storni. Einseitige Erhöhung des maximalen Wasserstandes des Lago Maggiore, um ihn als Wasserreservoir für die Landwirtschaft zu nutzen. Was passiert nun?	Von italienischer Seite wurde mitgeteilt, dass die Absicht bestehe, den maximalen Wasserstand des Lago Maggiore auf 1,35–1,40 m über dem Nullpunkt von Sesto Calende zu erhöhen! 1. Wurden die Auswirkungen auf die Hochwasserrisiken, die Schifffahrt, die Nutzbarkeit der Strände und die Naturgebiete analysiert? 2. Begrüssst der Bundesrat die Absicht Italiens? 3. Falls nicht, wie kann er sich konkret dagegen wehren? 4. Weshalb gibt es kein paritätisches Gremium für die Regulierung des Lago Maggiore analog zum Luganersee?

26.7380	DE FR IT	Fra. Knutti. Jagd auf Autofahrerinnen und Autofahrer über 75 Jahre?	Eine vom ASTRA in Auftrag gegebene Studie kritisiert die heutigen medizinischen Fahreignungsuntersuchungen für Personen ab 75 Jahren und empfiehlt zusätzliche Abklärungen wie Fahrkurse. 1. Wie hoch waren die Gesamtkosten der Studie? 2. Welche Empfehlungen der Studie will der Bundesrat umsetzen? 3. Hält der Bundesrat die Einführung obligatorischer Fahrkurse für Personen ab 75 Jahren für denkbar?
26.7395	DE FR IT	Fra. Suter. Wann folgt die Vernehmlassung zur Umsetzung der Empfehlungen der eidgenössischen Kommission für Lärmbekämpfung?	Seit mittlerweile 4 1/2 Jahren liegt der Bericht der eidgenössischen Kommission für Lärmbekämpfung (EKLK) vor, der u.a. empfiehlt, die Lärmgrenzwerte zu verschärfen, um die Bevölkerung besser vor gesundheitsschädlichem Lärm zu schützen. In der Antwort auf meine Interpellation 25.4762 hielt der Bundesrat fest, dass eine Verordnungsänderung genüge und «zu gegebener Zeit» eine Vernehmlassung durchführt werde. Wie ist der Stand der Arbeiten? Ist noch in diesem Jahr mit der Vernehmlassung zu rechnen?
26.7398	DE FR IT	Fra. Amoos. Welche Beschleunigung der Verfahren ist nach Ansicht des Bundesrates durch eine Einführung des Freileitungsgrundsatzes möglich?	Das Parlament scheint für den Ausbau der Strominfrastruktur den Freileitungsgrundsatz zu bevorzugen. Dieser steht im Widerspruch zum Raumplanungsgesetz, das eine sparsame Nutzung unbebauter Flächen verlangt. Zudem könnte dieser Grundsatz dazu führen, dass nicht die effizienteste Transporttechnologie zum Einsatz kommt. Damit würde er mit der Anforderung der Energieeffizienz nach dem Elektrizitätsgesetz in Konflikt geraten. Wie beurteilt der Bundesrat diese möglichen Konflikte?
26.7405	DE FR IT	Fra. Roth David. Überprüfte BAZL Anfälligkeit der technischen Infrastruktur bei Skyguide?	Skyguide plant derzeit eine radikale Restrukturierung. Hat Skyguide die nach ATM/ANS.OR.A.040/.045 erforderliche Sicherheitsbeurteilung vor der Einleitung des Restrukturierungsverfahrens dem BAZL vorgelegt — zumal nach dem jüngsten IT-Systemausfall infolge eines Systemupdates die Anfälligkeit der technischen Infrastruktur dokumentiert ist?
26.7411	DE FR IT	Fra. Roth David. Vereinbarkeit des Skyguide-Personalabbaus mit EU-Flugsicherheitsrecht	Ist der Bundesrat der Ansicht, dass der geplante Abbau von bis zu 220 Stellen im technischen Bereich von Skyguide (insbesondere IT und Systemtechnik) mit den Anforderungen der Verordnung (EU) 2017/373 vereinbar ist — namentlich mit ATM/ANS.OR.A.075 (ausreichende Personalressourcen) sowie mit ATM/ANS.OR.A.040 und ATM/ANS.OR.A.045 (Änderungsmanagement: Sicherheitsbeurteilung vor organisatorischen Änderungen), welche Skyguide als Gesamtorganisation verpflichtet?
26.7412	DE FR IT	Fra. Amoos. Weshalb wurde die Energieeffizienz in der Kabelstudie Schweiz nicht berücksichtigt?	Vor einem Jahr hat Swissgrid eine Studie veröffentlicht, die zum Schluss kam, dass Erdkabel mit passiver Kompensation zu Problemen für das Stromnetz führen können. Der Evaluationsbericht, den das Bundesamt für Energie bei der ETH in Auftrag gegeben hat, hat jedoch mehrere Lücken seitens Swissgrid entdeckt. Diese hat eingeräumt, dass Systeme zur aktiven Kompensation die Probleme weitgehend lösen könnten. Die Studie berücksichtigt auch nicht die Lösungen der neuen Generation von Hivoduct, die ohne Kompensationsanlagen betrieben werden können.

26.7413	DE FR IT	Fra. Gysi Barbara. Massenentlassung bei Skyguide	Wie bewertet der Bundesrat die Tatsache, dass das UVEK am 13. März 2026 strategische Ziele unterzeichnet hat, die sozial verantwortliche Personalpolitik verlangen, und 67 Tage später eine Massenentlassung von bis zu 16,5% der Nicht-ATCO-Belegschaft bekannt wurde — ohne dass der Eigentümer vorgängig konsultiert worden wäre?
26.7415	DE FR IT	Fra. Gysi Barbara. Sozial verantwortliche Personalpolitik bei Skyguide?	Ist die Massenentlassung bei Skyguide mit den vom UVEK am 13. März 2026 unterzeichneten Strategischen Zielen 2024–2027 - insbesondere dem Ziel der "sozial verantwortlichen Personalpolitik" - vereinbar?
26.7437	DE FR IT	Fra. Dandrès. Skyguide: Hunderte von Entlassungen trotz Gewinnen in zweistelliger Millionenhöhe. Welches Spiel spielt das Unternehmen?	Skyguide hat mehrere hundert Entlassungen angekündigt. Dennoch verzeichnet das Unternehmen im Jahr 2025 einen Gewinn von 55,2 Millionen und eine steigende Zahl der überwachten Flüge (1,34 Millionen). - Wie lässt sich diese Entscheidung begründen? Warum sollten Entlassungen vorgenommen werden, anstatt bei natürlichen Abgängen Stellen nicht mehr zu besetzen? - Wie hoch ist die Fluktuation in den betreffenden Arbeitnehmerkategorien? - Welche Arbeitnehmerkategorien sind betroffen? - Wann wird Skyguide Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufnehmen?
26.7414	DE FR IT	Fra. Amos. Wie gross sind die Kostenunterschiede zwischen aktiven und passiven Ausgleichssystemen tatsächlich, wenn man berücksichtigt, dass aktive Systeme für längere Streckenabschnitte gedacht sind?	Swissgrid hat eine Studie veröffentlicht, die zum Schluss kommt, dass Erdkabel mit passiver Kompensation Probleme verursachen können. Der vom BFE bei der ETH in Auftrag gegebene Evaluationsbericht wies jedoch auf mehrere Mängel bei Swissgrid hin; diese gestand zu, dass aktive Ausgleichssysteme das Problem weitgehend lösen könnten. Auch werden Lösungen der neuen Generation von Hivoduct in der Studie nicht berücksichtigt. Swissgrid begründet den Verzicht auf aktive Ausgleichssysteme jedoch mit den Kosten.
26.7418	DE FR IT	Fra. Amos. Sollte der Bundesrat - zuhanden von Swissgrid - nicht eine umfassende wissenschaftliche Studie in Auftrag geben, in der es um das moderne, effiziente Energienetz geht, das die Schweiz nach 2050 brauchen wird?	Vor einem Jahr hat Swissgrid eine Studie veröffentlicht, die zum Schluss kommt, dass Erdkabel mit passiver Kompensation Netzprobleme verursachen können. Der vom BFE bei der ETH in Auftrag gegebene Evaluationsbericht wies jedoch auf mehrere Mängel bei Swissgrid hin; diese gestand zu, dass aktive Ausgleichssysteme das Problem weitgehend lösen könnten. Auch werden Lösungen der neuen Generation von Hivoduct, die ohne Ausgleichsanlagen betrieben werden können, in der Studie nicht berücksichtigt.
26.7419	DE FR IT	Fra. Roth David. Rückfrage zu Interpellation 26.3440 - Sind Finanzspekulationen der Energiekonzerne noch unter Kontrolle?	Der Bundesrat begründet die Korrelation der Portfolios mit der Produktionsstruktur der Unternehmen. Physische Produktionskorrelation und finanzielle Derivatekorrelation sind jedoch konzeptuell verschieden: Energieunternehmen können Derivatepositionen halten, die von ihrer Stromproduktion vollständig unabhängig sind. Anerkennt der Bundesrat diesen Unterschied – und warum liegen keine Angaben zu den ausserbilanziellen Derivatepositionen vor?

26.7425	DE FR IT	Fra. Amos. Welchen Lastfaktor verwendet der Bundesrat heute bei der Berechnung des Mehrkostenfaktors für Leitungen mit einer Spannung von 220 kV und mehr?	In seiner Antwort auf die Interpellation 22.4223 schrieb der Bundesrat, dass Erdverkabelungen rund zweieinhalb Mal höhere Verluste verursachen als Freileitungen. Unterdessen gibt die Swissgrid an, dass die Verluste vergleichbar sind. Dies gilt jedoch nur bis zu einem Lastfaktor von 25 Prozent. Je grösser der Faktor ist, umso besser schneiden Erdverkabelungen ab. Die Berechnungsmethode sieht im Übrigen einen Lastfaktor von 50 Prozent vor; damit würden die Verluste von Freileitungen rund zweieinhalb Mal höher ausfallen.
26.7434	DE FR IT	Fra. Amos. Wie will der Bundesrat eine unabhängige Überprüfung der in den Netzverfahren herangezogenen technischen Grundlagen sicherstellen, um Entscheide zu vermeiden, die auf inkorrekten technischen Grundlagen beruhen?	Swissgrid ist gleichzeitig Planerin, Bauherrin und Betreiberin des Hochspannungsnetzes. Darüber hinaus ist Swissgrid die wichtigste Quelle für Fachwissen für die Verwaltung. In dieser Konstellation können gewisse Fehler – beispielsweise in Bezug auf Verluste der Kompensationsanlagen – gar nie unabhängig überprüft und korrigiert werden. Selbst wissenschaftliche Eingaben werden kaum berücksichtigt (so etwa die Stellungnahme von Prof. Brakelmann zum Projekt SÜL611).
26.7440	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Vergünstigungen beim Strompreis für grosse Rechenzentren	Grosse Rechenzentren erhalten eine Rückerstattung des Zuschlags, der zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien erhoben wird. - Was rechtfertigt diese Rückerstattung für Rechenzentren, obwohl sie ursprünglich dazu gedacht war, die Verlagerung stromintensiver Industrien wie Stahlwerke zu verhindern? - Beabsichtigt der Bundesrat, die Möglichkeit der Rückerstattung für Rechenzentren abzuschaffen?
26.7444	DE FR IT	Fra. Gaillard Benoît. Gefährdet Entlassungswelle System der Flugsicherung?	Das EU Performance Review Body hat schriftlich dokumentiert, dass frühere Personalkürzungen bei Skyguide die Systemkrise 2022–2024 verursacht haben. Welche Massnahmen hat der Bundesrat ergriffen oder plant er zu ergreifen, um sicherzustellen, dass sich dieser Zyklus nicht wiederholt?
26.7445	DE FR IT	Fra. Tuosto. Projekt Sky Efficiency: Wer garantiert die Sicherheit angesichts des Personalabbaus?	Der Bund ist mit einem Anteil von 99,94 Prozent Mehrheitsaktionär der Skyguide AG. Hat der Bundesrat, gegebenenfalls auch über das Bundesamt für Zivilluftfahrt, eine unabhängige Sicherheitsbewertung betreffend den vorgesehenen Personalabbau gefordert, sei es vor oder nach der Ankündigung des Projekts Sky Efficiency? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht?
26.7451	DE FR IT	Fra. Docourt. Pflicht zur Sanierung von Spielplätzen und Gärten: Wie viele Spielplätze sind davon betroffen?	Die Änderung der Altlastenverordnung sieht die Pflicht vor, Spielplätze und Grünflächen, deren Böden mit gefährlichen Stoffen belastet sind und auf denen regelmässig Kleinkinder spielen, zu sanieren. Medienberichten zufolge schätzte das BAFU 2021 die Zahl der potenziell belasteten Standorte auf 6000. 2025 war von 200 sanierungsbedürftigen Spielplätzen die Rede. Wie lässt sich dieser Unterschied erklären? Was ist mit den übrigen 5800 Spielplätzen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

26.7304	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Wird die Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz immer teurer?	Im Jahr 2023 bewilligten die eidgenössischen Räte für die Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz einen Verpflichtungskredit von 2,59 Milliarden Franken. Darin sind 760 Millionen Franken für Projektrisiken vorgesehen. Ende Mai wurden weitere unerwartete Verzögerungen sowie zusätzliche Abklärungen bekannt gegeben. Sind dadurch Mehrkosten zu erwarten? Wenn ja, in welcher Höhe?
26.7305	DE FR IT	Fra. Jost. Umsetzung des umfassenden Sicherheitsverständnisses in der Sicherheitspolitischen Strategie 2026	Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 anerkennt, dass Sicherheit weit über militärische Fragen hinausgeht, etwa beim Klimawandel oder anderen gesellschaftlichen und globalen Risiken. In den konkreten Massnahmen dominieren jedoch militärische Ansätze. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass das SEPOS diese Lücke zwischen Analyse und Massnahmen schliesst, bevor die Strategie verabschiedet wird?
26.7306	DE FR IT	Fra. Jost. Klare Abgrenzung zwischen internationaler Zusammenarbeit und militärischer Kooperation in der Sicherheitspolitischen Strategie 2026	Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensförderung leisten einen wichtigen präventiven Beitrag zur Sicherheit. Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 verwendet den Begriff «internationale Zusammenarbeit» teils auch für militärische Kooperationen. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass «zivile» IZA begrifflich, strategisch und finanziell klar von militärischer Kooperation getrennt bleibt?
26.7307	DE FR IT	Fra. Schmaltz. Definition von Sicherheit und Mängel bei Prävention und Friedenskonsolidierung - Expertise feministischer Friedensorganisationen	Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 definiert Sicherheit ausschliesslich aus einer staatlich-militärischen Perspektive und ist somit nicht umfassend. Auch weist sie Mängel bei Prävention und Friedenskonsolidierung auf, was die Einhaltung von Verpflichtungen und Prioritäten wie der UNO-Resolution 1325 gefährdet. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass diese Mängel behoben werden und zudem die Expertise feministischer Friedensorganisationen in der Strategie und beim Monitoring Eingang findet?
26.7308	DE FR IT	Fra. Schmaltz. Einbezug der Zivilgesellschaft	Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 wurde bereits vor Ende der Vernehmlassung umgesetzt, was den Wirkungsraum zivilgesellschaftlicher Rückmeldungen erheblich einschränkt. Bei anderen Bundesstrategien ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft am Umsetzungsbericht und bei der Erarbeitung prioritärer Massnahmen bereits Praxis. Wie stellt der Bundesrat dies für diese Strategie sicher?
26.7309	DE FR IT	Fra. Tschopp. Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 und die menschliche Dimension	Die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben die Sicherheitspolitische Strategie 2026 kritisiert, da sie die Migration hauptsächlich als Risiko betrachtet. Die Prävention von Gewalt und Diskriminierung sowie der Schutz und die Integration von Minderheiten sind entscheidend für die Sicherheit der Gesamtbevölkerung. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Sicherheitspolitische Strategie auch diese Aspekte als Schlüsselemente der menschlichen Dimension der Sicherheit einbezieht?

26.7310	DE FR IT	Fra. De Ventura. Wertebasiertes Handeln in der Sicherheitspolitischen Strategie verankern	Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 betont die Exportfähigkeit der Rüstungsindustrie als Sicherheitsinteresse. Friedensorganisationen halten entgegen, dass ein restriktives Kriegsmaterialgesetz gemäss humanitärer Tradition der Schweiz eine Sicherheitsgarantie ist und nicht aufgrund von Profitinteressen der Rüstungsindustrie gelockert werden darf. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass wertebasiertes Handeln in der Strategie verankert und bei der Umsetzung Vorrang vor Rüstungsexporten hat?
26.7311	DE FR IT	Fra. Gaillard Benoît. Menschliche Sicherheit in der Strategie des Bundesrates	Zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Sicherheitspolitische Strategie kritisiert, da diese die Sicherheit vor allem aus staatlicher und militärischer Perspektive betrachtet und davon ausgeht, dass Bedrohungen durch eine Stärkung des Militärs und der Verteidigung bekämpft werden. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die menschliche Dimension der Sicherheit – diese beruht insbesondere auf sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung – explizit in die erwähnte Strategie integriert wird?
26.7313	DE FR IT	Fra. Rosenwasser. Sicherheitspolitische Strategie 2026 – rechtsextreme Akteure sind eine reelle Gefahr!	Feministische Friedensorganisationen kritisieren, dass die Sicherheitspolitische Strategie 2026 dschihadistischen Terrorismus als Bedrohung benennt, nicht jedoch rechtsextremen Terror, obwohl sich rechtsextreme Akteure transnational vernetzen und queere, migrantische und feministische Gruppen gezielt ins Visier nehmen. Warum bleibt dies unerwähnt, und wie wird das SEPOS diese Bedrohung und entsprechende Massnahmen in der Strategie vor deren Verabschiedung verankern?
26.7314	DE FR IT	Fra. Rosenwasser. Sicherheitspolitische Strategie 26 – nimmt das SEPOS die Kritik ernst?	In der Vernehmlassung warnten u.a. PeaceWomen Across the Globe , dass die Sicherheitspolitische Strategie 2026 einen engen, militarisierten Sicherheitsbegriff reproduziert, geschlechtsspezifische Gewalt als Sicherheitsbedrohung sowie die UNO-Resolution 1325 und den Nationalen Aktionsplan der Schweiz ignoriert. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass das SEPOS diese Rückmeldung bei der Überarbeitung aufgreift und eine Gleichstellungsfolgenabschätzung vornimmt, bevor die Strategie verabschiedet wird?
26.7317	DE FR IT	Fra. Arslan. Verbindliche Massnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und genderqueeren Personen in Friedensprozessen	Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 enthält keine verbindlichen Massnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und genderqueeren Personen in Friedensprozessen, eine Kernforderung der UNO-Resolution 1325. Sie trägt den Partizipationsmöglichkeiten und spezifischen Sicherheitsbedürfnissen mehrfach marginalisierter Gruppen keine Rechnung und sieht keine genderspezifischen Budgets vor. Wie gedenkt der Bundesrat, diese Lücken vor der Verabschiedung zu schliessen?
26.7325	DE FR IT	Fra. Schläpfer Therese. Islamistisch-terroristische Risikopersonen wie der Fall in Winterthur	In der Schweiz hat es laut NDB derzeit 46 islamistisch-terroristische Risikopersonen (Gefährder). Was unternimmt der Bundesrat um die Ausweisung dieser Personen zu beschleunigen, die Sicherheit zu gewährleisten und die Schweizer und Schweizerinnen vor einer solchen Bedrohung, wie sie kürzlich in Winterthur geschah, zu schützen?

26.7340	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie viele Personen sind in der Schweiz, die die innere und äussere Sicherheit der Schweiz gefährden?	Im Rahmen von 23.3837 kündigt der Bund eine Gesetzesänderung an, wonach neu statt der Kantone der Bund für die Administrativhaft der Risikopersonen zuständig sein soll. Eine Einteilung in diese Kategorie erfolgt aufgrund von Informationen von Fedpol, NDB und Justizbehörden. - Wie viele Personen in der Schweiz fallen in diese Kategorie? - Wie viele sind dem Asylbereich zuzuordnen?
26.7347	DE FR IT	Fra. Baumann. Besteht Bedarf für einen Neubau des VBS in Magglingen?	Das VBS plant in Magglingen den Bau eines Unterbringungs- und Ausbildungsgebäudes für den Armeespitzensport. Ein erstes Projekt scheiterte am Widerstand von Bevölkerung und Gemeinde. Nun wurde ein neues Projekt aufgelegt. Ist der Bedarf für einen Neubau tatsächlich gegeben? Wurden die Umnutzung bestehender Räume und die Reduktion von Übernachtungen durch sportfremde Nutzungen überprüft?
26.7348	DE FR IT	Fra. Baumann. Neubau des VBS in Magglingen: Finanzierung und ökologische Nachhaltigkeit	Nach Widerstand von Bevölkerung und Gemeinde liegt ein neues Projekt für ein Unterbringungs- und Ausbildungsgebäude für den Armeespitzensport in Magglingen vor. - Mit welchen Bau- und Planungskosten und mit welchen zusätzlichen jährlichen Betriebskosten rechnet das VBS? - Ist das Projekt mit den aktuellen Sparaufträgen noch vereinbar? Es wäre genug versiegelte Fläche vorhanden. - Wie lässt sich ein Bau auf einer ökologisch bewirtschafteten Wiese mit dem Nachhaltigkeitskonzept des Bundes vereinbaren?
26.7351	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie werden Soldaten über geopolitische und sicherheitspolitische Aktualitäten informiert?	- Wie werden Soldaten im WK über geo- und sicherheitspolitische Aktualitäten und Lageentwicklungsmöglichkeiten informiert? - Reicht die aktuelle Praxis aus, damit die Soldaten ein umfassendes Lagebild haben oder braucht es Anpassungen? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
26.7356	DE FR IT	Fra. Farinelli. Italienischkenntnisse in Stellenausschreibungen der Armee für die Territorialregion 3	Stimmt es, dass für eine kürzlich ausgeschriebenen Stelle bei der Armee in der Region, in der etwa die Hälfte der Dienstpflichtigen italienischsprachig sind, Italienischkenntnisse weder verlangt noch als erwünscht vermerkt wurden? Falls ja, inwiefern hält die Regierung dies mit der Mehrsprachigkeit und den operativen Erfordernissen einer Milizarmee für vereinbar? Welche Massnahmen gedenkt sie zu ergreifen, damit das Italienisch angemessen berücksichtigt wird?
26.7367	DE FR IT	Fra. Vontobel. Forschung mit gefährlichen Viren in der Schweiz	1. Wird in der Schweiz – und im Speziellen im Sicherheitslabor Spiez – mit folgenden Viren geforscht: Hantaviren (unbestimmte Stämme) und Ebolaviren (unbestimmte Stämme)? 2. Wird in diesen Laboren Gain-of-Function-Forschung (GOF) betrieben – zu medizinischen oder militärischen Forschungszwecken?

26.7371	DE FR IT	Fra. Pahud. Die Sicherstellung der Notfalldienste ist gefährdet aufgrund der geänderten Regelung der Dienstbefreiung von Rettungsanitätern und -sanitäterinnen, Pflegefachpersonen sowie Ärzten und Ärztinnen	Der Bundesrat hat auf dem Verordnungsweg die Regelung zur Dienstbefreiung von Rettungsanitätern und -sanitäterinnen, Pflegefachpersonen sowie Ärzten und Ärztinnen geändert. Diese Personen sind jedoch wichtig für das reibungslose Funktionieren der Rettungsdienste und der Spitäler, wo sowieso bereits ein Fachkräftemangel herrscht. Die Revision wird sich daher auf die Sicherstellung der Notfalldienste auswirken. Kann der Bundesrat erklären, was die Änderung der Verordnung über die Militärdienstpflicht bezweckt?
26.7373	DE FR IT	Fra. Pahud. Geänderte Regelung der Dienstbefreiung von Rettungsanitätern und -sanitäterinnen, Pflegefachpersonen sowie Ärzten und Ärztinnen. Wurden die interessierten Kreise konsultiert?	Der Bundesrat hat auf dem Verordnungsweg die Regelung zur Dienstbefreiung von Rettungsanitätern und -sanitäterinnen, Pflegefachpersonen sowie Ärzten und Ärztinnen geändert. Diese Personen sind jedoch wichtig für das reibungslose Funktionieren der Rettungsdienste und der Spitäler, wo sowieso bereits ein Fachkräftemangel herrscht. Die Revision wird sich daher auf die Sicherstellung der Notfalldienste auswirken. Hat der Bundesrat die interessierten Kreise oder deren Vertreter und Vertreterinnen sowie die Kantone konsultiert? Wenn nein, warum nicht?
26.7390	DE FR IT	Fra. Molina. Bundesrat plant Kürzungen im sicherheits- und forschungsrelevanten Weltraumbereich	Die Weltraumforschung ist für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Schweiz zentral. Gleichzeitig gewinnt der Weltraum sicherheitspolitisch an Bedeutung, weshalb ihn der Bundesrat erstmals in die Armeebotschaft aufgenommen hat. Dennoch plant der Bundesrat im Voranschlag Kürzungen. - Wie rechtfertigt er dies trotz anderslautendem Parlamentsauftrag? - In welchem Umfang sind Kürzungen vorgesehen? - Wie weit ist er bei der Umsetzung der Motionen 18.4131 und 24.3476?
26.7424	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Fahrtauglichkeit im Zivilschutz	Beim Ermessen, ob man durch die Einnahme von ADHS-Medikamenten im Zivilschutz fahrtauglich ist, gibt es grosse kantonale Unterschiede. - Wie stellt sich der Bundesrat zu dieser unterschiedlichen Auslegung durch die Kantone? - Wäre eine „Unité de doctrine“ nicht sinnvoll? - Wie stellt sich der Bundesrat generell zur Fahrtauglichkeit von Personen in Armee und Zivilschutz, die ADHS-Medikamente einnehmen müssen?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

26.7301	DE FR IT	Fra. Sormanni. EU beschliesst Änderung bei Übernahme des Arbeitslosengelds für Grenzgängerinnen und Grenzgänger	«Die Schweiz darf nicht zur Sozialkasse der EU werden.» Die Schweiz ist kein EU-Mitglied und muss daher keine in Brüssel beschlossene Reform zum Nachteil ihrer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umsetzen. Wie gedenkt der Bundesrat gegen diese Änderung vorzugehen, die für die Arbeitslosenversicherung und damit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeber mit hohen Kosten verbunden sein wird?
---------	--	---	--

26.7342	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie viele Grenzgänger sind arbeitslos?	Die EU will ein Prinzip der PFZ ändern, wonach neu der (ehemalige) Arbeitsort für die Arbeitslosen-Entschädigung aufzukommen hat. Der Bundesrat rechnet mit Mehrkosten bis 900 Mio. Franken. Eine Statistik über die Zahl und die Prozentzahl der stempelnden Grenzgänger sucht man jedoch vergeblich. - Wie viele Grenzgänger sind momentan als arbeitslos gemeldet? - Wie viele sind es in Prozent bzw. wie hoch ist die Arbeitslosenquote?
26.7318	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia: Wie kann das Parlament ohne Kenntnis über die Nachhaltigkeitszertifizierung für Palmöl einen Beschluss fassen?	Obwohl die Genehmigung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit Malaysia am 17. Juni 2026 auf dem Sessionsprogramm des Nationalrats steht, hat der Bundesrat nicht kommuniziert, welche Nachhaltigkeitszertifizierung für Palmöl gilt, das im Rahmen des Abkommens zum Präferenz Zollansatz eingeführt wird. - Wie rechtfertigt der Bundesrat, dass die Bundesversammlung einen Beschluss fassen muss, ohne die tatsächliche Tragweite des PPM-Ansatzes (Process and Production Method) einschätzen zu können? - Wurde ein Nachhaltigkeitsstandard festgelegt, und wenn ja, welcher? - Wenn es sich um den MSPO-Standard (Malaysian Sustainable Palm Oil) handelt: Wie begründet der Bundesrat diesen Standard, obwohl dieser vielfach kritisiert wird?
26.7336	DE FR IT	Fra. Sormanni. IT-Panne beim Staatssekretariat für Wirtschaft – aktueller Stand und Audit	Die Inbetriebnahme des neuen IT-Systems des Staatssekretariats für Wirtschaft unter der Verantwortung des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung hat zu massiven und inakzeptablen Verzögerungen bei der Auszahlung der Arbeitslosenentschädigungen geführt. 1. Aktuelle Lage und Abbau der Rückstände? 2. Wird der Bundesrat eine unabhängige externe Prüfung in Auftrag geben und deren Ergebnisse vollständig veröffentlichen?
26.7354	DE FR IT	Fra. Glur. Rechtssicherheit und gerechte Behandlung in Bezug mit PFAS	Letzte Woche wurde eine Weisung zum Vollzug der PFAS-Werte veröffentlicht. Leider besteht nach wie vor eine Rechtslücke hinsichtlich der Entschädigung von Härtefällen, da die vom BR angekündigte Gesetzesgrundlage nicht vor 2028 in Kraft treten wird. Ebenso dürfte die Motion 25.3421 nicht vor 2027 in Kraft treten. Wie gedenkt der BR in diesem Zusammenhang sicherzustellen, dass bereits jetzt Rechtssicherheit sowie eine korrekte Entschädigung für betroffene Betriebe gewährleistet werden können?
26.7358	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Geschäftsprüfungskommission des Ständerates tadelt Bundesrat: Zu wenig Massnahmen für die Biodiversität	Die GPK-S hält fest: Der Zustand der Biodiversität in der Schweiz ist weiterhin kritisch. Die Massnahmen des Bundesrates zum Schutz und Erhalt der Biodiversität sind nicht wirksam genug, es braucht weitere Anstrengungen. Bis wann erarbeitet der Bundesrat die benötigten zusätzlichen Massnahmen? Die GPK-S fordert mehr Massnahmen für die Biodiversität in der Landwirtschaft, wie bindet er diese in die AP2030+ ein? Biodiversitätsschädliche Subventionen sprudeln munter weiter, wie stoppt er diese?

26.7372	DE FR IT	Fra. Amos. Unbezahlte Überstunden im Verkauf: Steht der Bundesrat hinter diesen prekären Arbeitsbedingungen für Frauen?	Nach Artikel 13 des Arbeitsgesetzes bekommt das Verkaufspersonal erst ab der 61. Stunde einen Lohnzuschlag für Überzeitarbeit. Im Verkauf arbeiten überwiegend Frauen, meist Teilzeit und zu niedrigen Löhnen. Wie rechtfertigt es der Bundesrat im Namen von Gleichstellung und Gesundheitsschutz, dass das Gesetz für die ersten 60 Stunden pro Jahr nach wie vor Gratisarbeit vorsieht, dies auf Kosten der Verkäuferinnen, deren Arbeitsverhältnisse ohnehin schon prekär sind?
26.7374	DE FR IT	Fra. Amos. Ausnutzung der Teilzeitarbeit: Wie kann der Bundesrat den Status quo ohne jegliche statistische Daten rechtfertigen?	In seiner Begründung, weshalb er die Motion 26.3188 ablehnt, führt der Bundesrat an, dass die geltenden Vorschriften Teilzeitbeschäftigte ausreichend schützten. Das Bundesamt für Statistik erhebt jedoch keine nach Beschäftigungsgrad oder Geschlecht aufgeschlüsselten Daten zu Arbeit und Überstunden. Auf welche empirischen oder wissenschaftlichen Grundlagen stützt der Bundesrat seine Weigerung, das Gesetz anzupassen, obwohl er hinsichtlich der tatsächlichen Arbeitszeiten von Teilzeitbeschäftigten in völliger statistischer Dunkelheit tappt?
26.7375	DE FR IT	Fra. Amos. Scheinbarer Schutz für teilzeitbeschäftigte Eltern: Wird der Bundesrat die Lücke im ArG schliessen?	Der Bundesrat hält unter Berufung auf Artikel 36 des Arbeitsgesetzes fest, dass Eltern nur mit ihrem Einverständnis zu Überzeitarbeit herangezogen werden können. Dieser Schutz gilt jedoch nur für Überzeit (ab 45 bzw. 50 Stunden) und nicht für Überzeit, die unterhalb dieser Schwelle angeordnet wird. Erkennt der Bundesrat an, dass seine Einschätzung irreführend ist, da eine teilzeitbeschäftigte Mutter oder ein teilzeitbeschäftigter Vater in Wirklichkeit keinen gesetzlichen Anspruch darauf hat, aufgrund familiärer Verpflichtungen Überzeit, auf der kein Lohnzuschlag bezahlt wird, abzulehnen?
26.7387	DE FR IT	Fra. Riem. Politische Einflussnahme der ETH Zürich im Abstimmungskampf	Die ETH wird weitgehend mit Bundesmitteln finanziert. Dennoch verbreitete ihr Grants Office in einem offiziellen Newsletter kurz vor der Abstimmung über die Nachhaltigkeitsinitiative die Aussage, die Vorlage gefährde den Zugang der Schweiz zu Horizon Europe und die Wettbewerbsfähigkeit von Forschung und Innovation. Hält der Bundesrat es für zulässig, dass die ETH mit Steuergeldern finanzierte Kommunikationskanäle für politische Einflussnahme und klare Empfehlungen zu Volksabstimmungen nutzt?
26.7392	DE FR IT	Fra. Pfister Gerhard. Merkwürdiges Transparenzverständnis der Direktorin SECO. Was unternimmt ihr Chef?	Gemäss Medienberichten verweigert das Seco verweigert Redaktionen und sogar dem Datenschutzbeauftragten EDÖB die Einsicht in die Akten zu den Auseinandersetzungen mit den USA in Sachen Zölle. Trotz der Empfehlung des EDÖB, die Dokumente öffentlich zu machen, lehnt das Seco dies weiterhin ab. - Ist diese Weigerung vom Vorsteher WBF genehmigt worden? - Mit welchen Begründungen? - Ist der Bundesrat bereit, die Verweigerungshaltung des Seco zu korrigieren, mindestens gegenüber dem EDÖB?

26.7431	DE FR IT	Fra. Mahaim. Herausgabe von vertraulichen Informationen im Zusammenhang mit Team Switzerland	Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz wurde vom SECO die Herausgabe von Dokumenten verlangt, welche die Zusammenarbeit mit Unternehmerinnen und Unternehmern von Team Switzerland betreffen, die sich mit Präsident Trump getroffen haben; das SECO will diese Dokumente nicht herausgeben. Informationen, die an Unternehmerinnen und Unternehmer weitergegeben werden, würden dem Amtsgeheimnis unterliegen. Die Weigerung des SECO verstärkt das Bild von Verhandlungen, die übereilt, geführt werden, undurchsichtig und möglicherweise illegal sind. Warum entscheidet sich der Bundesrat nicht dafür, das Öffentlichkeitsprinzip in dieser Sache vollumfänglich umzusetzen?
26.7421	DE FR IT	Fra. Porchet. Unterbindet die ETH Lausanne die Debatte über den Zwangsschwimmtest?	Beim Zwangsschwimmtest («Forced Swim Test») handelt es sich um einen der schmerzhaftesten Tierversuche. Obwohl dieser Tierversuch umstritten ist, kommt er nach wie vor in mehreren Einrichtungen zum Einsatz, unter anderem an der ETH Lausanne. Zu diesem Thema sollte eine Diskussion im Rahmen eines Runden Tisches an der ETH Lausanne stattfinden. Diese wurde aber zweimal verschoben. Aktuell ist sie für September vorgesehen – sofern sie nicht wieder abgesagt wird. Wie steht der Bundesrat zu dieser undemokratischen Haltung der ETH Lausanne, welche offensichtlich versucht, einer Debatte über den Zwangsschwimmtest aus dem Weg zu gehen?
26.7426	DE FR IT	Fra. Dobler Loïc. Freiburger Pferde: Kehrt der Bund seinem lebendigen Kulturerbe den Rücken zu?	An der Versammlung des Schweizerischen Freibergerverbands (SFV) in Saignelégier wurde bekanntgegeben, dass die Bundesbeiträge zugunsten des Verbands ab 2027 um 300 000 Franken gekürzt werden, was fast 30 Prozent der aktuellen Unterstützung entspricht. Diese Kürzung erfolgt, obwohl die Anzahl an Geburten von Freiburger Fohlen seit 2018 entscheidend zurückgegangen ist. Wie sieht die Strategie des Bundesrates aus, um den Fortbestand der einzigen einheimischen Schweizer Pferderasse und der Institutionen, die sich für sie einsetzen, zu sichern?
26.7432	DE FR IT	Fra. Theiler. Der Bund als Einsatzbetrieb für Zivis	Der Zivildienst soll dort zum Einsatz kommen, wo der grösste gesellschaftliche Bedarf besteht. Offenbar ist der Bund auch ein Einsatzbetrieb und beschäftigt auch Zivis. Wie viele Zivis sind beim Bund in welchen Ämtern beschäftigt und was machen sie konkret?
26.7438	DE FR IT	Fra. Molina. Mercosur: Wie geht der Bundesrat gegen Antibiotika in brasilianischem Fleisch vor?	Der «Blick» berichtete Ende Mai, dass die EU ab September wegen Antibiotika ein Importverbot von brasilianischem Fleisch prüft. Das Schweizer FHA mit den Mercosur-Ländern will den Poulet-Import mit Null-Zöllen massiv erleichtern. • Wie viel mehr brasilianisches Poulet wird innerhalb des WTO-Kontingents wegen der Null-Zölle in die Schweiz gelangen? • Über welche Instrumente verfügt der Bundesrat, um den Import von mit Antibiotika belastetem Fleisch zu unterbinden?

26.7446	DE FR IT	Fra. Stettler. Das neue Auszahlungssystem für die Arbeitslosenentschädigung funktioniert noch immer nicht zufriedenstellend	Trotz der Versprechen und der positiven Meldungen des SECO bestehen die Probleme weiterhin. Auch in den letzten Tagen konnten sowohl die regionalen Arbeitsvermittlungszentren als auch die Stellen, die die Verfügungen erlassen müssen, tagelang nicht auf das System zugreifen. Weil Dutzende (!) von Updates gemacht werden müssen und es nicht möglich ist sich einzuloggen, sind die kantonalen Stellen blockiert und können nicht mehr arbeiten. Ich frage den Bundesrat daher: Wird diese IT-Fiasko bald ein Ende haben?
---------	--	---	--

Departement für auswärtige Angelegenheiten

26.7316	DE FR IT	Fra. Schläpfer Therese. Veröffentlichung von fehlerhaften und unvollständigen Faktenblättern des Bundesrates zu den EU-Verträgen	1. Welche Stelle prüft offizielle Faktenblätter des Bundes auf sachliche Richtigkeit und Ausgewogenheit? 2. Weshalb werden Beanstandungen gegen solche Publikationen teilweise durch jene Stellen beantwortet, welche die Inhalte selbst verantworten? 3. Erachtet der Bundesrat dieses Vorgehen als rechtsstaatlich ausreichend? 4. Welche Möglichkeiten haben Bürger, sachlich fehlerhafte Informationen in offiziellen Publikationen des Bundes korrigieren zu lassen?
26.7343	DE FR IT	Fra. Pult. Repression gegen die türkische Opposition: Was unternimmt der Bundesrat?	Die türkische Justiz und Regierung gehen zunehmend gegen die grösste Oppositionspartei CHP vor. Die Co-Berichterstatter für die Türkei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, David Blencathra und Yves Cruchten, haben am 24. Mai 2026 erklärt, die türkische Opposition dürfe nicht durch Einschüchterung, Gewalt oder politisch motivierte Justizverfahren zum Schweigen gebracht werden. - Teilt der Bundesrat diese Einschätzung? - Falls ja, welche Massnahmen ergreift er in Bezug auf die Türkei?
26.7363	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Gaza-Hilfsflotte: Wie geht es nach dem skandalösen Vorgehen der israelischen Marine weiter?	Am 18. und 19. Mai 2026 hat die israelische Marine die Gaza-Hilfsflotte «Global Sumud Flottilla» in internationalen Gewässern abgefangen. 428 Personen, darunter 7 Personen aus der Schweiz, wurden festgenommen. Die festgenommenen Personen wurden misshandelt, unter anderem mit Elektroschocks, und haben schwere Verletzungen davongetragen. Wird der Bundesrat über seine Kritik am Verhalten der israelischen Regierung hinaus in Abstimmung mit anderen Ländern eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe einer erniedrigenden Behandlung fordern?
26.7364	DE FR IT	Fra. Pfister Gerhard. Humanitäre Krise in Kuba: Wie hilft die Schweiz?	In Kuba bahnt sich eine humanitäre Katastrophe an, wenn sie nicht schon da ist. - Hat der Bundesrat ein schnelles und zielgerichtetes Engagement vorgesehen? - In welchem Umfang und in welcher Art?

26.7396	DE FR IT	Fra. Molina. Einsatz von Herbiziden durch Israel im Libanon: Kenntnis und Vorgehen des Bundesrates	Angesichts der Berichte aus dem Libanon über den Einsatz hochkonzentrierten Herbizids durch die IDF in bewohnten Dörfern: - Welche Kenntnisse hat der Bundesrat zu diesen Vorfällen und deren völkerrechtlichen/humanitären Implikationen? - Wie setzt sich die Schweiz bilateral und multilateral für die Klärung und Untersuchung dieser Vorwürfe zum Schutz von Bevölkerung und Umwelt ein? - Welche diplomatischen und politischen Schritte hat die Schweiz unternommen bzw. geplant?
26.7402	DE FR IT	Fra. Molina. Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten im Iran	Vor dem Hintergrund von Krieg und Krise im Iran dokumentieren UNO und NGOs zunehmende Verhaftungen, willkürliche Inhaftierungen sowie Stigmatisierung religiöser und ethnischer Minderheiten. So wurden die Bahá'í Borna Naimi und Peyvand Naimi willkürlich inhaftiert, gefoltert und Scheinhinrichtungen ausgesetzt, um falsche Geständnisse zu erzwingen. Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat gegen die Verfolgung religiöser und ethnischer Minderheiten wie der Bahá'í oder der Kurden und Kurd:innen?
26.7403	DE FR IT	Fra. Molina. Menschenrechte als zentrales Thema bei den Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran verankern	Menschenrechte werden im Iran weiterhin systematisch und schwerwiegend verletzt. Dennoch sind sie in den Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran zur Beendigung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges und der illegalen Blockade der Strasse von Hormuz gemäss öffentlichen Informationen kein Thema. - Welche konkreten Schritte unternimmt der Bundesrat, gestärkt durch seinen privilegierten Zugang durch das Schutzmachtmandat, um Menschenrechte in diesen Verhandlungen systematisch zu verankern?
26.7420	DE FR IT	Fra. Molina. Schweizer Engagement in der Reparationskommission für die Ukraine	Im Dezember 2025 hat der Bundesrat das Übereinkommen zur Einrichtung der Internationalen Schadenskommission für die Ukraine unterzeichnet, mit der im Rahmen des Europarats die der Ukraine zustehenden Reparationsansprüche durchgesetzt werden sollen – seitdem wird ein formeller Beitritt geprüft. Angesichts des bisherigen Schweizer Engagements im Reparationsprozess: Wann gedenkt der Bundesrat, das Ratifikationsverfahren einzuleiten?
26.7423	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Zieht sich der Bundesrat von der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zurück?	Am 13. Mai 2026 hat der Bundesrat den vierten Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Er hat entschieden, die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele zu einem Referenzrahmen herabzustufen. – Bedeutet das, dass der Bundesrat nicht mehr gewillt ist, die in der Agenda 2030 festgelegten Nachhaltigkeitsziele zu erreichen? – Was ändert das konkret an der Umsetzung der Massnahmen im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit? Werden bestimmte Massnahmen nicht mehr weiterverfolgt?

26.7429	DE FR IT	Fra. Tschopp. Krieg in der Ukraine: Drohnenangriff auf das grösste Atomkraftwerk Europas	Am 31. Mai 2026 wurde das grösste Atomkraftwerk Europas in Saporischschja, einem seit Kriegsbeginn von Russland kontrollierten Gebiet der Ukraine, durch einen Drohnenangriff beschädigt. Dieser Angriff stellt einen offensichtlichen Verstoss gegen das Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen dar (Art. 56). Glücklicherweise scheinen die Strahlungswerte normal geblieben zu sein. Kiew und Moskau haben sich gegenseitig beschuldigt, für diesen Angriff verantwortlich zu sein. Was unternimmt der Bundesrat, um die Kriegführenden zur Verantwortung zu ziehen?
26.7441	DE FR IT	Fra. Mahaim. Einreiseverweigerung der USA für Breel Embolo: ein Beispiel für absurde Bürokratie?	Anfang Juni gab der Schweizerische Fussballverband bekannt, dass Breel Embolo die Reise mit der Schweizer Nationalmannschaft in die USA nicht wie geplant antreten konnte: Die US-Behörden hatten ihm die Einreise verweigert. Zeigt dieser Vorfall nicht auf, dass Einreisegenehmigungssysteme wie jenes der USA in absurder Weise diskriminierend und bürokratisch sind?
26.7442	DE FR IT	Fra. Mahaim. Einreiseverweigerung der USA für Breel Embolo: Unterstützung durch den Bund?	Anfang Juni gab der Schweizerische Fussballverband (SFV) bekannt, dass Breel Embolo die Reise mit der Schweizer Nationalmannschaft in die USA nicht wie geplant antreten konnte: Die US-Behörden hatten ihm die Einreise verweigert. Haben der Bundesrat oder die Bundesverwaltung den SVF unterstützt oder tun sie es derzeit, um die Verhandlungen mit den US-Behörden zu erleichtern?
26.7447	DE FR IT	Fra. Mahaim. Tiefseebergbau: Was unternimmt der Bundesrat, um All Seas und Glencore zu stoppen?	Die Trump-Regierung hat kürzlich Anträge auf Lizenzen für die Exploration im Clarion-Clipperton-Gebiet und den Abbau von Bodenschätzen in diesem Gebiet, das in internationalen Gewässern liegt, bewilligt. Damit bewegt sich die Trump-Regierung ausserhalb des Rahmens der Internationalen Meeresbodenbehörde. Angesichts der schwerwiegenden Auswirkungen dieses Projekts auf das Völkerrecht und den Multilateralismus, ganz zu schweigen von den Folgen für die Umwelt: Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um zu verhindern, dass Schweizer Unternehmen, darunter All Seas und Glencore, sich an diesem rechtswidrigen Projekt beteiligen?
26.7448	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Israelische Offensive im Libanon	Seit Israel unter dem Vorwand, die Hisbollah zu vernichten, seine jüngste Offensive im Libanon gestartet hat, wurden rund 3400 Zivilistinnen und Zivilisten getötet und mehr als 10 000 verletzt, darunter insbesondere Kinder, Pflegepersonal und Journalistinnen und Journalisten. Die Schweiz hat zu einer Waffenruhe und zur Einhaltung des Völkerrechts aufgerufen. Betrachtet der Bundesrat diese Offensive als Angriffskrieg, und was wird er unternehmen, um die Resolution 1701 des UNO-Sicherheitsrats umzusetzen?

26.7453	DE FR IT	Fra. Gugger. Digitaler Gaststaat – Aber auch interoperabel?	Der "Digitale Gaststaat" ist eine der drei Prioritäten der Strategie "Digitale Schweiz 2026". Die Strategie erörtert die Frage der Interoperabilität nicht. Die Europäische Kommission hat 2025 ihr "Cloud Sovereignty Framework" veröffentlicht, und zwischen DE und FR wurde ein Abkommen über Cloud-Äquivalenzkriterien unterzeichnet. Wie sieht der Bundesrat die Interoperabilität der Cloud vor, damit die Organisationen des Gaststaates nicht zu zertifizierten, ausländischen Anbietern migrieren müssen?
26.7459	DE FR IT	Fra. Aeschi. Beiträge der Schweiz an das multilaterale System	Am 2. März 2026 vermeldete die NZZ: «Das multilaterale System hat mit Budgetkürzungen zu kämpfen.» Dies, weil sich unter anderem die USA schrittweise aus dem multilateralen System zurückziehen würden. Der Bundesrat wird gebeten, die Liste der finanziellen Beiträge der Schweiz an multinationale Organisationen in absteigender Reihenfolge für das letzte bekannte Jahr aufzulisten.

Finanzdepartement

26.7345	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Staatshaftungsfälle 2015 bis 2025	- In wie vielen Fällen wurde der Bund in den Jahren 2015 bis 2025 auf Schadenersatz und / oder Genugtuung belangt, in wie vielen Fällen hat der Bund dabei eine Haftung anerkannt und welche Summen wurden ausbezahlt (aufgeschlüsselt nach Jahren und Departementen)? - In wie vielen dieser Fälle wurde Regress auf die verantwortlichen Beamten resp. Angestellten des Bundes genommen und welche Beträge wurden zurückgefordert? In welcher Lohnklasse befanden sich dabei die verantwortlichen Beamten?
26.7346	DE FR IT	Fra. Addor. Mitarbeitende des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit endgültig nicht mehr der Militärjustiz unterstellt?	Die Mitarbeitenden des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit wurden am 1. Juni 2026 völlig unerwartet darüber informiert, dass sie ab diesem Datum irrtümlicherweise nicht mehr der Militärgerichtsbarkeit unterstehen würden. 1. Ist diese Übertragung der Zuständigkeit auf die ordentlichen Strafverfolgungsbehörden beabsichtigt? 2. Ist das wirklich eine gute Sache? 3. Ist es endgültig? 4. Wie wird die Übergangsregelung, die das Parlament offenbar versäumt hat zu regeln, lauten?
26.7383	DE FR IT	Fra. Blunschy. Messbare Kriterien für digitale Souveränität	Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Anforderungen an die digitale Souveränität bei öffentlichen Beschaffungen – insbesondere bei der Swiss Government Cloud – nicht nur allgemein dokumentiert, sondern anhand klarer, messbarer und überprüfbarer Kriterien beurteilt werden, wie dies etwa Frankreich mit SecNumCloud oder Deutschland mit C3A vorsehen?

26.7404	DE FR IT	Fra. Roduit. Undurchsichtige Umstrukturierung im Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)?	Im Hinblick auf die bevorstehende Umsetzung des Programms DaziT besteht bei den Zollbeamtinnen und -beamten grosse Unsicherheit bezüglich ihrer künftigen Einsatzorte. Eine Zentralisierung ist zwar nachvollziehbar, aber es ist nicht akzeptabel, dass die Mitarbeitenden nicht früher im Prozess informiert und einbezogen werden, obschon sie bei Umzügen stark davon betroffen sind. Nachdem das BAZG zahlreiche Dienst- und Wohngebäude abgegeben hat, ist die Verunsicherung der Mitarbeitenden verständlich. Ist sich der Bundesrat des Ausmasses dieses Problems bewusst?
26.7406	DE FR IT	Fra. Fonio. Wie wurden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Änderung des Bankengesetzes einbezogen?	Die Änderung des Bankengesetzes (26.027) betrifft Zehntausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bankensektor. Dennoch steht in der Botschaft des Bundesrates, dass «keine direkten Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und -nehmer in der Schweiz zu erwarten» sind. Worauf basiert diese Einschätzung? Wurden spezifische Studien durchgeführt? Wenn nein, warum nicht? Wurden die Sozialpartner in die Ausarbeitung der Vorlage einbezogen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
26.7416	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Der Zentralisierung des BAZG muss ein Ende gesetzt werden!	Graubünden ist der einzige Kanton mit Grenzen zu Italien, Österreich und Liechtenstein und verfügt über 440 km Landesgrenze. Damit ist er für die Grenzsicherheit von zentraler Bedeutung. Die nicht nachvollziehbare Zuweisung der operativen Zuständigkeitsbereiche lässt befürchten, dass Einsatzzentrale und regionale Führung in Chur aufgehoben werden. Dies gefährdet 41 Arbeitsplätze, Sicherheit und Zusammenarbeit mit den betroffenen Kantonen. Ist der Bundesrat bereit, dieses Vorhaben zu stoppen?
26.7417	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Sollten die BAZG-Stellen in Chur verschwinden, wird dann zumindest der operative Einsatz in Graubünden im gleichen Umfang gestärkt?	Werden die BAZG-Stellen in Chur trotz erheblicher Bedenken aufgehoben, droht Graubünden der Verlust von rund der Hälfte aller BAZG-Arbeitsplätze im Kanton. Graubünden hat 1/4 der Schweizer Landesgrenze und trägt damit besondere Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes. Ist der Bundesrat in diesem Fall bereit, den operativen Einsatz an den Kantonsgrenzen entsprechend zu verstärken, um Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden, operative Handlungsfähigkeit und Sicherheit zu gewährleisten?

Bundeskanzlei

26.7320	DE FR IT	Fra. Schläpfer Therese. Fake News von Bundesräten	Die hiesigen Medien kritisieren Präsident Trump zu Recht, wenn er «fake news» verbreitet. Wenn Bundesräte oder die Bundesverwaltung hingegen immer öfter und gezielter Unwahrheiten/Lügen über die Integrationsverträge mit der EU oder Volksinitiativen veröffentlichen, bleiben die Medien mit wenigen Ausnahmen still. Sind Unwahrheiten akzeptabel, wenn sie die eigene Weltanschauung unterstützen? Werden Unwahrheiten und einseitige Darstellungen im Abstimmungsbüchlein aus den gleichen Gründen toleriert?
26.7368	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Ist die digitale Souveränität operationalisierbar?	In seiner Antwort auf die Interpellation 25.3704 räumte der Bundesrat ein, dass die digitale Souveränität "derzeit primär ein strategisch-politisches Konzept [ist], das sich durch Prinzipien weiter operationalisieren lässt". Wie lauten diese Prinzipien und wie werden sie - bei einem Beschaffungsvolumen im Jahr 2024 von 1,63 Milliarden Franken - in einem Kriterienraster, das auf die IKT-Beschaffungen des Bundes anwendbar und überprüfbar ist, systematisch eingeordnet?
26.7400	DE FR IT	Fra. Knutti. Behördenpropaganda gegen die Nachhaltigkeitsinitiative?	Das Bundesgesetz über die politischen Rechte verpflichtet den Bundesrat zu sachlicher und ausgewogener Information. 1. Hat BR Jans aus Sicht des Bundesrates die Nachhaltigkeitsinitiative sachlich und ausgewogen dargestellt? 2. Erachtet der Bundesrat die Kommunikation von BR Jans als gesetzeskonform? 3. Wie viele Personalstunden von BR Jans, BR Cassis und deren Departementen sowie welche Gesamtkosten fielen für Auftritte, Podien, Referate und weitere Informationsaktivitäten zur Nachhaltigkeitsinitiative an?
26.7439	DE FR IT	Fra. Roduit. Für eine effiziente direkte Demokratie?	Volksinitiativen sind das Fundament unserer direkten Demokratie, in erster Linie dann, wenn sie in der Bevölkerung breite Diskussionen auslösen und die Abstimmungsergebnisse knapp ausfallen. Anders verhält es sich, wenn wiederholt Initiativen zu ähnlichen Themen eingereicht werden, die das Stimmvolk deutlich ablehnt – manchmal mit über 70 Prozent Nein-Stimmen, wie es in den letzten Jahren vorkam. Beabsichtigt der Bundesrat, Massnahmen zu treffen, um zu verhindern, dass die Bevölkerung regelmässig diesen Aufwand und die damit verbundenen Kosten auf sich nehmen muss?
26.7449	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Behördenpropaganda zum EU-Unterwerfungsvertrag	In einem englischsprachigen Video verbreitet die Bundeskanzlei stark verkürzte, irreführende und unwahre Informationen über das EU-Vertragspaket. Offenkundig falsch ist die Behauptung, dieses garantiere den Marktzugang. - Worin besteht die Rechtsgrundlage für diese Videos? - Was ist das Zielpublikum für englischsprachige Videos? - Inwiefern wird damit die freie Willensbildung der Stimmberechtigten im Sinne von Art. 34 Abs. 2 BV und Art. 10a BPR gestärkt? - Wie hoch sind die Kosten für diese Videos?

26.7458	DE FR IT	Fra. Aeschi. Staatliche Behördenpropaganda in Verletzung der «Grundprinzipien der Information vor Abstimmungen» der Bundeskanzlei vom 10. Dezember 2024: «Der Bundesrat informiert kontinuierlich, vollständig, sachlich, transparent, verhältnismässig, Gegenpositionen berücksichtigend.» (4/4)	Wie beurteilt der Gesamtbundesrat die staatliche Behördenpropaganda gegen die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026) von Bundesrat Beat Jans und weiteren Bundesräten (beispielsweise BR Baume-Schneider am 1. Mai) im Hinblick auf die «Grundprinzipien der Information vor Abstimmungen» der Bundeskanzlei vom 10. Dezember 2024?
---------	--	---	---

Justiz- und Polizeidepartement

26.7321	DE FR IT	Fra. de Quattro. Georgische Staatsangehörige: überdurchschnittlich hohe Gesundheitskosten	Eine Prüfung der Eidgenössischen Finanzkontrolle zeigt, dass die medizinischen Kosten für georgische Asylsuchende mit Fr. 44.40 pro Tag und Person deutlich über dem Durchschnitt liegen. Zwischen 2022 und 2025 benötigten 26 Asylsuchende Kostengutsprachen des Staatssekretariats für Migration (SEM) für aufwändige Behandlungen. 17 von ihnen erhielten eine vollständige oder teilweise finanzielle Unterstützung durch das SEM im Gesamtumfang von 2,5 Millionen Franken. In einem Fall lagen die Kosten bei bis zu 1,37 Millionen Franken. Wann und wie wird der Bundesrat diesem Medizintourismus Einhalt gebieten?
26.7324	DE FR IT	Fra. de Quattro. Schwachstellen im Staatssekretariat für Migration	Eine Prüfung der Eidgenössischen Finanzkontrolle stellt die Steuerung des Staatssekretariats für Migration bei der Verwaltung der Gesundheitsausgaben von Asylsuchenden in Frage. Beispiel: Die durchschnittlichen KVG-Bruttokosten belaufen sich schweizweit auf Fr. 16.70 pro Tag und Person – in der Westschweiz liegen sie bei 19 Franken. Obwohl sie grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl haben, belaufen sich bei manchen georgischen Staatsangehörigen die KVG-Bruttokosten sogar auf Fr. 44.40. Wie gedenkt der Bundesrat die Empfehlungen, die sich aus der Prüfung ergeben, umzusetzen?
26.7323	DE FR IT	Fra. Dünki. Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus: Rolle der verschiedenen Ebenen	Mit Bezug auf den Messerangriff in Winterthur vom 28. Mai 2026 bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Frage: - Welche Behörden sind für den Informationsaustausch zwischen Polizei, Justiz, Strafvollzug, Gesundheitswesen, Sozialbehörden sowie weiteren relevanten Stellen verantwortlich? - Wie wird sichergestellt, dass sicherheitsrelevante Informationen rechtzeitig und vollständig weitergegeben werden?

26.7326	DE FR IT	Fra. Meyer Mattea. Messerangriff in Winterthur	Mit Bezug auf den Messerangriff in Winterthur vom 28. Mai 2026 bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Frage: - Wie sind die Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und weiteren beteiligten Behörden im Bereich des Bedrohungsmanagements und der Prävention von extremistischen Gewalttaten aufgeteilt? - Welche Aufgaben liegen beim Bund, welche bei den Kantonen?
26.7329	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus: Rolle der verschiedenen Ebenen	Mit Bezug auf den Messerangriff in Winterthur vom 28. Mai 2026 bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Frage: Wie und inwiefern wird sichergestellt, dass sämtliche Kontakte und Interaktionen zwischen kantonalen und Bundesbehörden in diesem Fall seit der Tat dokumentiert werden?
26.7330	DE FR IT	Fra. Locher. Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus: Rolle der verschiedenen Ebenen	Mit Bezug auf den Messerangriff in Winterthur vom 28. Mai 2026 bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Frage: - Verfügen heute alle Kantone über ein institutionalisiertes Bedrohungsmanagement im Sinne der nationalen Empfehlungen? - Falls nein, welche Kantone verfügen noch nicht über entsprechende Strukturen?
26.7341	DE FR IT	Fra. Zybach. Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus: Rolle der verschiedenen Ebenen	Mit Bezug auf den Messerangriff in Winterthur vom 28. Mai 2026 bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Frage: - Welche Mindeststandards gelten für die Dokumentation von Kontakten, Lagebeurteilungen, Interventionen und behördlichen Entscheidungen im Rahmen des Bedrohungsmanagements? - Wie stellt der Bund sicher, dass diese Standards eingehalten werden?
26.7352	DE FR IT	Fra. De Ventura. Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus: Rolle der verschiedenen Ebenen	Mit Bezug auf den Messerangriff in Winterthur vom 28. Mai 2026 bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Frage: Welche präventiv-polizeilichen Massnahmen und Massnahmen im Strafverfahren stehen den Kantonen und dem Bund zur Verhinderung von Radikalisierung und terroristischen Aktivitäten zur Verfügung und wie schätzt der Bundesrat deren Anwendung und Wirksamkeit in den Kantonen ein?
26.7365	DE FR IT	Fra. Brizzi. Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus: Rolle der verschiedenen Ebenen	Mit Bezug auf den Messerangriff in Winterthur vom 28. Mai 2026 bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Frage: Wer trägt die Verantwortung, dass aus vorliegenden Hinweisen und Risikoeinschätzungen konkrete Handlungen abgeleitet sowie erforderliche Massnahmen geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden?
26.7327	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggini. Burundi: Sind zwangsweise Wegweisungen mit den Verpflichtungen der Schweiz vereinbar?	Trotz jüngster Berichte über anhaltende Menschenrechtsverletzungen in Burundi, insbesondere gegenüber politischen Oppositionellen, setzt die Schweiz die zwangsweisen Wegweisungen in dieses Land fort. Auf welche aktuellen Informationen, Berichte und Beurteilungen stützt sich der Bundesrat bei seiner Einschätzung, dass diese Wegweisungen mit dem Schutz vor Rückschiebung vereinbar sind und dass die betroffenen Personen bei ihrer Rückkehr nicht Gefahr laufen, verfolgt oder misshandelt zu werden?

26.7331	DE FR IT	Fra. Bühler. Gehört die Verherrlichung der Terrororganisation Hamas ins Bundeshaus?	Am 20. Dezember 2024 hat das Parlament das Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen verabschiedet. Am 27. Februar 2025 erklärte die EU-Abgeordnete Rima Hassan, die Hamas handle aus völkerrechtlicher Sicht legitim. Rima Hassan wird zudem am 7. Juli 2026 wegen Terrorverherrlichung (Tweet über den Terroristen Kozo Okamoto) vor Gericht stehen. 1. Verurteilt der Bundesrat die Äusserungen von Rima Hassan? 2. Ist Rima Hassan im Bundeshaus willkommen (jüngste Einladung von Ständerat Sommaruga)?
26.7349	DE FR IT	Fra. Pahud. Rima Hassan unter der Bundeshauskuppel – eine Gefahr für die Ordnung und die Sicherheit im Parlament	Ständerat Sommaruga hat die EU-Abgeordnete Rima Hassan am 9. Juni 2026 in das Bundeshaus eingeladen. Gegen sie läuft derzeit in Frankreich ein Gerichtsverfahren aufgrund des Verdachts der Terrorismusverherrlichung. Ihr Besuch birgt nicht nur ein diplomatisches Risiko, sondern auch ein Sicherheitsrisiko, und gefährdet den reibungslosen Ablauf der Session. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um jegliche Gefahr von Ausschreitungen, auch in der Umgebung des Bundeshauses, zu vermeiden?
26.7339	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie und wohin können Personen aus Gaza ausgewiesen werden?	Der Bund hat nicht nur in einer humanitären Aktion 20 Kinder und bis zu fünf Angehörige pro Kind in die Schweiz geholt, er verteilt auch humanitäre Visa für Personen, welche Angehörige hier haben. Angenommen, es hat trotz Sicherheitsprüfungen Personen mit terroristischen Absichten darunter: Wie und wohin kann die Schweiz diese Gefährder ausschaffen?
26.7379	DE FR IT	Fra. Amoos. Billige Überstunden: Unterstützt der Bundesrat die Ausnutzung der Flexibilität von Teilzeitarbeitskräften?	Artikel 321c OR erlaubt es, auf den Zuschlag von 25 Prozent für Überstundenarbeit durch einfache schriftliche Verabredung zu verzichten. Angesichts der Asymmetrie des Arbeitsverhältnisses sind Teilzeitbeschäftigte oft gezwungen, dies zu akzeptieren. Gibt der Bundesrat zu, dass diese Gesetzeslücke für Unternehmen einen finanziellen Anreiz bildet, weil sie dadurch von Teilzeitbeschäftigten maximale und kostenlose Flexibilität verlangen und sie so als billige Manövriermasse einsetzen können?
26.7382	DE FR IT	Fra. Theiler. Schutzstatus S nach fünf Jahren: Brauchen noch alle Betroffenen Schutz?	Als der Krieg in der Ukraine ausbrach, gewährte die Schweiz vielen Ukrainern rasch den Status S, ohne dass ein Asylverfahren durchgeführt wurde. Im Jahr 2027 läuft dieser Status nach fünf Jahren aus. - Ist der Bundesrat vor diesem Hintergrund der Ansicht, dass alle Betroffenen weiterhin Schutz benötigen, insbesondere diejenigen aus Regionen, die nicht von den Kämpfen betroffen sind? - Ist es das Ziel des Asylgesetzes, Personen eine Aufenthaltsbewilligung B zu erteilen, die diese nicht mehr benötigen?

26.7385	DE FR IT	Fra. Schilliger. Ukraine: Wie viele Ukrainer werden 2027 eine Aufenthaltsbewilligung B erhalten?	Gemäss Artikel 74 AsylG wird die Aufenthaltsbewilligung S für Ukrainer, die den Schutzstatus S geniessen, nach fünf Jahren automatisch in eine Aufenthaltsbewilligung B umgewandelt. - Kann der Bundesrat uns mitteilen, wie viele Ukrainer im Jahr 2027 automatisch eine Aufenthaltsbewilligung B erhalten werden? - Wurden die Kantone über diese Zahl informiert? Wenn ja, wie erfolgte die Information, wer hat den Lead in der Kommunikation?
26.7386	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Diebesgut in Bundesasylzentren: Sind die Behörden machtlos gegenüber kriminellen Asilmigranten?	Romina (21) verlor in Bern ihr Handy. Die Ortung führte sie zum BAZ Kappelen. Eine Durchsuchung sei rechtlich nicht möglich, meinte das SEM. Unverhältnismässig, hiess es von der Kapo Bern. Zufällig wurde das Diebesgut dann von Sicherheitsleuten entdeckt. Fälle wie dieser kommen tagtäglich vor. Kriminelle Asilmigranten lachen sich ins Fäustchen. - Wie beurteilt der Bundesrat diese für die Geschädigten unhaltbare Situation? - Unterbreitet er eine Vorlage, damit die Behörden künftig eingreifen können?
26.7443	DE FR IT	Fra. Steinemann. Sind die Bundesasylzentren rechtsfreie Räume betreffend Hausdurchsuchungen?	In den Medien wurde über folgende Ereignisse berichtet: Einer Person wurden Vermögensgegenstände gestohlen, die sie dann elektronisch in einem BAZ geortet hat. Das SEM teilte via Medien mit, ohne Einverständnis der Bewohner im BAZ könne nur die Polizei Durchsuchungen vornehmen, da die Rechtsgrundlagen fehlen würden. Unabhängig des positiven Ausgangs für die bestohlene Person: Welche Rechtsgrundlagen müssen wie geändert werden, damit Geschädigte zu ihrem Recht kommen?
26.7399	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Zum Teil minderjährige Täter aus Frankreich, die über Social Media rekrutiert werden, stehlen teure Autos in der Schweiz. Wie werden sie bestraft?	Die Kapo St. Gallen sagt offiziell: «Wir wissen, dass es vor allem junge Menschen sind, die in Frankreich über die sozialen Medien rekrutiert werden und dann den Auftrag bekommen, in der Schweiz Autos zu stehlen und sie nach Frankreich zu bringen.» Wie hoch ist die Aufklärungsquote bei Einbrüchen in Autogaragen? Wie viele Fälle hat es in diesem Jahr gegeben? Wie viele Personen ohne Aufenthaltsrecht sind in der Schweiz schon verurteilt worden? Welche Strafen werden typischerweise ausgesprochen?
26.7401	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Bandenmässig organisierte Täter aus Frankreich stehlen bei uns Autos und richten dabei vielfach hohen Sachschaden an, dies auch in Regionen, die nicht an Frankreich grenzen. Wie kontert die Schweiz?	- Welche Erkenntnisse bestehen über diese Banden? - Wie hat sich die Anzahl solcher Taten in den letzten fünf Jahren entwickelt? - Welche Kantone und Grenzregionen sind besonders betroffen? - Seit wann weiten sich diese Taten (z.B. in die Ostschweiz) aus? - Wie hat sich die Zusammenarbeit mit den französischen Behörden in der letzten Zeit entwickelt? - Welche konkreten Massnahmen wurden ergriffen? - Gibt es zusätzliche Handlungsbedarf, z.B. bei Fahndung, Überwachung von Hehlernetzwerken oder Grenzkontrollen?

26.7407	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. G7-Gipfel: Vom 10. bis 19. Juni 2026 lässt der Bundesrat an der Grenze zu Frankreich verstärkte Grenzkontrollen durchführen. Was macht er bei grenzüberschreitender Kriminalität?	Polizeimeldungen bestätigen, dass Tätergruppen aus Frankreich wiederholt Fahrzeugdiebstähle und weitere Delikte in der Schweiz begehen. - Ist der Bundesrat der Ansicht, dass verstärkte Grenzkontrollen nicht nur zum Schutz des G7-Gipfels, sondern auch zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität beitragen können? - Bestehen die notwendigen rechtlichen und operativen Möglichkeiten, um die Kontrolldichte an der Grenze zu Frankreich (analog zu den Massnahmen zum G7-Gipfel) zu erhöhen?
26.7410	DE FR IT	Fra. Berli Rudi. Verhältnismässigkeit der Massnahmen zur Einschränkung des freien Personenverkehrs im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel in Evian	Der Bundesrat hat die Schliessung von 28 Zollstellen und die Verstärkung der Zollkontrollen vom 12. bis 18. Juni 2026 genehmigt. Diese Entscheidung hat erhebliche Auswirkungen auf 660 000 Grenzübertreter pro Tag und schränkt den freien Personenverkehr von Hunderttausenden Menschen unverhältnismässig stark ein. Die Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Landwirtschaft und die Genfer Wirtschaft sind sehr gross. Auf welcher Risikoevaluationsbasis wurde ein solcher Eingriff in die Grundrechte vorgenommen?
26.7430	DE FR IT	Fra. Riner. Neue Entwicklungen bezüglich Rückkehrzentren in Drittstaaten	Der Bundesrat lehnt meine Motion 26.3336 ab, weil er im Asylbereich „vorerst weiterhin die Entwicklungen auf europäischer Ebene verfolgen“ will. Die EU macht nun den Weg für Rückkehrzentren in Drittstaaten frei. Beendet der Bundesrat wegen dieser konkreten Entwicklung seine passive Beobachtung, oder riskiert er durch die Ablehnung meiner Motion einen massiven Pull-Effekt gegenüber Deutschland und Österreich zulasten unserer Gemeinden?
26.7450	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Messerterror in Winterthur: Werden solche Täter konsequent ausgebürgert?	Am 28.05.26 attackierte ein vorbestrafter radikalisierte Islamist in Winterthur mit einem Messer mehrere Passanten. Der Richter sagte er: «Das Schweizer Gesetz ist mir scheisseegal.» Er wurde eingebürgert, blieb aber Türke. Bei für die Schweiz erheblich nachteiligem Verhalten ist eine Ausbürgerung möglich (Art. 42 BÜG). - Wurde/wird eine Ausbürgerung geprüft? - Die BA führt 140 Strafverfahren wegen Terrorismus. Wieviele Täter sind Eingebürgerte? - Wie viele Ausbürgerungen sind seit 2000 erfolgt?
26.7452	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Italien hält Schengen-Dublin seit 2022 nicht mehr ein: Folgen und Kosten für die Schweiz?	Seit 2022 hält Italien das Dublin-Abkommen gegenüber der Schweiz nicht mehr ein. Die Rücknahme von Asylmigranten, die Italien aufgrund der Dublin-Regeln als Erstland übernehmen müsste, wird verweigert. Mit der Folge, dass sie in der Schweiz bleiben. - Wieviele Asylmigranten hat Italien trotz staatsvertraglicher Verpflichtung nicht zurückgenommen? - Welche Kosten sind der Schweiz dadurch entstanden? - Hat der Bundesrat bei der italienischen Regierung interveniert und die Kosten in Rechnung gestellt?

26.7454	DE FR IT	Fra. Aeschi. "Strichli-Liste" von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 34 im zweiten Quartal 2026	- Die Ausschaffungs-Initiative (09.060) wurde am 28. November 2010 angenommen. Erst seit dem Jahr 2023 (12 Jahre später!) publiziert der Bundesrat einmal jährlich eine Statistik zu den Landesverweisungen. Wieso ist diese jeweils erst im Dezember und nicht bereits im ersten Halbjahr verfügbar? - 2025 wurden in der Schweiz 554'963 Straftaten begangen. Von 92'147 Personen, die einer Straftat beschuldigt worden sind, sind 53'326 Ausländer (58%). Wieso werden nicht mehr Landesverweise ausgesprochen?
26.7455	DE FR IT	Fra. Aeschi. Staatliche Behördenpropaganda in Verletzung der «Grundprinzipien der Information vor Abstimmungen» der Bundeskanzlei vom 10. Dezember 2024: «Der Bundesrat informiert kontinuierlich, vollständig, sachlich, transparent, verhältnismässig, Gegenpositionen berücksichtigend.» (1/4)	Der Bundesrat wird gebeten, die Interviews in Zeitungen, Zeitschriften und Online-Medien von Bundesrat Beat Jans zur Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026) seit Montag, 2. März 2026 bis heute sowie die in den verbleibenden Tagen bis zum Abstimmungssonntag noch geplanten Interviews mit Datum und Namen des Mediums aufzulisten.
26.7456	DE FR IT	Fra. Aeschi. Staatliche Behördenpropaganda in Verletzung der «Grundprinzipien der Information vor Abstimmungen» der Bundeskanzlei vom 10. Dezember 2024: «Der Bundesrat informiert kontinuierlich, vollständig, sachlich, transparent, verhältnismässig, Gegenpositionen berücksichtigend.» (2/4)	Der Bundesrat wird gebeten, die Stellungnahmen am Radio und Fernsehen von Bundesrat Beat Jans zur Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026) seit Montag, 2. März 2026 bis heute sowie die in den verbleibenden Tagen bis zum Abstimmungssonntag noch geplanten Stellungnahmen am Radio und Fernsehen mit Datum und Namen des Mediums aufzulisten.
26.7457	DE FR IT	Fra. Aeschi. Staatliche Behördenpropaganda in Verletzung der «Grundprinzipien der Information vor Abstimmungen» der Bundeskanzlei vom 10. Dezember 2024: «Der Bundesrat informiert kontinuierlich, vollständig, sachlich, transparent, verhältnismässig, Gegenpositionen berücksichtigend.» (3/4)	Der Bundesrat wird gebeten, die Auftritte ausserhalb der Bundesverwaltung von Bundesrat Beat Jans zur Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026) seit Montag, 2. März 2026 bis heute sowie die in den verbleibenden Tagen bis zum Abstimmungssonntag noch geplanten Auftritte ausserhalb der Bundesverwaltung mit Datum, Ort und Teilnehmer aufzulisten.
26.7460	DE FR IT	Fra. Aeschi. Schriftliche Kündigungen von Dienstleistungen wie Abos etc. müssen immer möglich sein!	Bei zahlreichen Firmen, u.a. auch bei der Swisscom, die mehrheitlich der Eidgenossenschaft gehört, sind seit kurzem schriftliche Kündigungen per Post nicht mehr zugelassen. Stattdessen muss je nach Firma der Weg über einen Telefonanruf ins Call-Center, über ein Online-Formular oder sogar über einen KI-Bot gewählt werden. Insb. für ältere Personen werden so Dienstleistungen fast unkündbar. Teilt der BR die Meinung, dass eine schriftliche Kündigung grundsätzlich immer möglich sein muss?

Departement des Innern

26.7298	DE FR IT	Fra. Egger Mike. Verhältnis zwischen Vernehmlassungsverfahren und Vollzugsweisung	Der BR hat am 27.05.26 die Schaffung eines bis März 27 befristeten Spezialgesetzes für wirtschaftliche Härtefälle in der Landwirtschaft infolge von PFAS-Belastungen angekündigt und gleichzeitig die Vernehmlassung 2026/47 zur Umsetzung der Motion 25.3421 eröffnet. Parallel dazu erliess er sofort die Weisung 2026/1 zum Vollzug der PFAS-Höchstgehalte. Wie rechtfertigt der BR deren sofortigen Erlass und Inkraftsetzung, ohne den Inhalt mit den Betroffenen Branchen zu teilen oder diese dazu Anzuhören?
26.7299	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Zuwanderung und Sozialversicherungen: Warum bleibt der Bundesrat nicht bei den Fakten?	Im SRF-Interview vom 16.3.2026 behauptete Bundesrat Jans, dass die Annahme der Nachhaltigkeitsinitiative ein Loch in die Sozialversicherungen reissen würde. Aus der Übersicht "Finanzperspektiven der IV" ergibt sich bei stetig wachsender Zuwanderung ein weiteres Ausgabenwachstum bei der IV von rund 10 Mia. 2024 auf rund 13 Mia. 2040, dies bei etwas tieferem Einnahmenwachstum. Die Zuwanderung führt also vor allem zu einem Ausgabenwachstum. Warum bleibt der Bundesrat nicht bei den Fakten?
26.7312	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. TPF-Mittel stärker für Jugendförderung einsetzen	Der Tabakpräventionsfonds (TPF) verfügt jährlich über rund 12 Mio. Franken aus Abgaben auf Tabakprodukte. Gleichzeitig wird seine Wirkung teilweise als begrenzt kritisiert. Wäre der Bundesrat bereit zu prüfen, ob ein Teil dieser Mittel stärker in wirksame Jugendförderung – etwa in Programme von Jugend+Sport oder kulturelle Angebote für Jugendliche – investiert werden sollte?
26.7315	DE FR IT	Fra. Grüter. Ist Anerkennung der Schaustellerkultur als lebendige Tradition der Schweiz möglich?	- Ist der Bundesrat bereit zu prüfen, ob die Schaustellerkultur und der Berufsstand der Schausteller als lebendige Tradition der Schweiz anerkannt werden können? - Wie beurteilt der Bundesrat dieses Anliegen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Schaustellerkultur in mehreren europäischen Ländern bereits als immaterielles Kulturerbe anerkannt ist?
26.7350	DE FR IT	Fra. Paganini. PFAS - Kostenfolge von Rückrufen	Die letzte Woche veröffentlichte Weisung zu den Höchstwerten für PFAS sieht eine Vereinheitlichung des Vollzugs durch die Kantone vor. Bei Überschreiten der Höchstwerte werden Produkte derselben Charge zurückgerufen und vorsorglich sichergestellt. Die Folgen des Rückrufs können finanziell schwerwiegend sein. - Wer trägt die durch solche Rückrufe entstehenden Kosten? - Mit welchen Massnahmen will der Bundesrat verhindern, dass der Produzent die Folgen nicht mitverursachter Rückrufe tragen muss?

26.7355	DE FR IT	Fra. Glur. Veröffentlichung der Verträge mit Impfstoffherstellern (10. Februar 2026)	In der Antwort auf die Frage 26.7005 haben Bundesrat/BAG geantwortet, dass die Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes - sollten sie rechtskräftig werden, die Schweiz zum einzigen europäischen Land machen, das diese Verträge veröffentlicht. Mittlerweile sind die Verträge mit den Herstellern von Covid-19 Impfstoffen Novavax und Moderna veröffentlicht worden. • Finden BAG/Bundesrat diese Transparenz schlecht? • Und würden BAG/Bundesrat in einer neuen Pandemie wieder mit geschwärzten Verträgen arbeiten?
26.7357	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Hohe Summen ohne eine Medikamentenzulassung	Laut verschiedenen Zeitungsberichten, die nach der Veröffentlichung der Impfstoffverträge erschienen sind, zahlte die Schweiz im Jahr 2020 hohe Beträge, obwohl die Zulassungen der Medikamente durch Swissmedic noch gar nicht vorlagen. • Weshalb wurde der Firma Moderna eine Summe von 108 Millionen Franken überwiesen, obwohl noch gar keine Zulassung durch Swissmedic vorlag? • Würde der Bundesrat dies zukünftig wieder so handhaben? • Weshalb wurde generell nicht auf günstigere Vektor-Impfstoffe gesetzt?
26.7360	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Aufhebung der Schadenersatzpflicht gegenüber Herstellern medizinischer Produkte	• Weshalb wurde bei den Impfstoffverträgen mit der Firma Moderna eine vollständige Schadloshaltung mit gesetzlicher Immunität vor jeglicher Haftung gewährt, obwohl das Schweizer Heilmittelgesetz unter Art. 47d eine finanzielle Deckung und Haftungsverantwortung des Herstellers von Impfstoffverträgen verlangt? • Weshalb soll dieses Gesetz nicht auch in Notfällen gelten?
26.7369	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Umsetzung der Motion 23.3109 «Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten (Puff Bars)»	Gemäss der Erhebung Gesundheit und Lifestyle 2026 sind Puff Bars bei den 15- bis 17-Jährigen besonders beliebt. Zudem hat die Genfer Justiz kürzlich das Verkaufsverbot von Puff Bars mit der Begründung aufgehoben, dass der Bund dafür zuständig sei. Die Motion 23.3109 muss deshalb dringend umgesetzt werden. – Bis wann gedenkt das Eidgenössische Departement des Inneren, einen Entwurf zur Umsetzung dieser Motion auszuarbeiten? – Wann könnte das Verbot von Puff Bars in Kraft treten?
26.7428	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Verbot von elektronischen Einwegzigaretten: Wann und wo wird dieses umgesetzt?	Die Motion 23.3109 «Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten (Puff Bars)» wurde nach Befürwortung im Nationalrat am 4. Juni 2026 mit Entscheid des Ständerates als Zweitrat an den Bundesrat überwiesen. Wo – in der Umweltschutzgesetzgebung oder im Tabakproduktegesetz – und in welchem Zeitraum wird der Bundesrat das Verbot umsetzen?

26.7370	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Veröffentlichung der Pfizer- Verträge durch das BAG	Auf die Frage 26.7005 antworteten Bundesrat/BAG: "Um dem Informationsbedarf der Bevölkerung gerecht zu werden, verfolgt das BAG zudem in der Regel eine möglichst transparente Praxis bei der Veröffentlichung." Wird das BAG nun auch die restlichen Impfstoff- Verträge, z.B. mit der Firma Pfizer, ungeschwärzt zur Verfügung stellen?
26.7376	DE FR IT	Fra. Gafner. Verhandlungsposition gegenüber Pharmafirmen ist in Wirklichkeit ein Diktat	- Wie können Bundesrat/BAG verhindern, dass die Schweizer Eidgenossenschaft, in einer neuen Krisensituation nicht erneut von internationalen Pharmaherstellern erpresst wird (wie in den freigegebenen Verträgen ersichtlich)? - Gibt es eine Projektgruppe, die sich mit dieser Frage beschäftigt? Weshalb wurde der Schweiz von der Firma Moderna untersagt, nicht benutzte Impfstoffe ausserhalb des Landes weiterzuverkaufen?
26.7377	DE FR IT	Fra. Vontobel. Wurde die Gefahr eines gentechnisch veränderten Virus ernst genommen?	1. Haben Bundesrat und BAG in den Jahren 2020 bis 2023 in Betracht gezogen, dass es sich bei SARS-CoV-2 um einen gentechnisch veränderten Virus gehandelt haben könnte? 2. Existieren dazu Berichte? 3. Hat der Bundesrat in den Jahren 2021 bis 2023 Massnahmen eingeleitet, um die Bevölkerung vor bewusst genveränderten Viren zu schützen? Welche Massnahmen waren dies? 4. Wurden in der Schweiz Studien durchgeführt, die eine genetische Modifikation älterer SARS-Viren zum neuen SARS-CoV-2-Virus untersuchten?
26.7378	DE FR IT	Fra. Gafner. Zu den Rechtsfällen gegen Novavax und Moderna vor dem Bundesverwaltungsgericht (Urteile A-488/2024, A-514/2024 und A-619/2024):	- Hat der Bund sich an Kosten für Anwälte und Aufwände dieser Firmen im erwähnten Rechtsstreit in irgendeiner Form beteiligt? - Wenn ja, wo und wie hoch sind diese Kosten?
26.7381	DE FR IT	Fra. Knutti. PABS-Anhang und Vorteile für Impfstoffhersteller:	Der PABS-Anhang zum Pandemieabkommen wurde im Jahr 2025 vom Pandemieabkommen ausgegliedert. 1. Befürworten BAG/Bundesrat den PABS-Anhang zum Pandemieabkommen? 2. Sieht der Bundesrat eine Gefahr darin, dass sich Pharmafirmen einen Vorteil durch Zugriff auf die PABS-Datenbank verschaffen könnten? 3. Wie kann die Schweiz sicherstellen, dass sie im Falle einer Pandemie nicht von Impfstoffherstellern unter Druck gesetzt wird - so wie dies im Falle der geschwärzten Verträge mit Moderna und Novavax geschehen ist?

26.7384	DE FR IT	Fra. Knutti. Vereinbarung für eine stärkere Pharmakovigilanz auch in der Schweiz:	An der WHA-Vollversammlung in Genf haben die Mitgliedstaaten vereinbart, eine stärkere Pharmakovigilanz weltweit umzusetzen. - Mit welchen Mitteln und Angeboten beabsichtigt das BAG in der Schweiz, diese Vorgabe umzusetzen? - Bis wann plant das BAG die Vorgaben der WHO zur Pharmakovigilanz in der Schweiz umzusetzen? - Wo wird dies publiziert werden? - Die Meldung von Nebenwirkungen zu Covid-19 Impfsbstanz ist äusserst schwierig. Sind hier Verbesserungen im Meldeprozess vorgesehen - welche?
26.7388	DE FR IT	Fra. Kaufmann. Wie stellt das BLV sicher, dass die Gemeinden und Wasserversorgungen keine irreversiblen Investitionen wegen Chlorothalonil tätigen müssen?	Die Wasserversorgung ist Aufgabe der Gemeinden, die Einhaltung der bundesrechtlichen Erlasse Sache der Kantone. Die Luzerner Regierung hat den Vollzug der Weisung 2024/1 aufgrund des Gerichtsentscheids, der entgegen der Meinung des BLV klar festhält, dass die meist gefundenen Metaboliten nicht relevant sind und daher höhere Trinkwasserhöchstwerte gelten, ausgesetzt und erwartet eine Klärung vom Bund. Wann erfolgt diese Klarstellung und die Aufhebung der kostenverursachenden Weisung?
26.7393	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Bundesrätlicher Bericht mit falschen Annahmen zu Chlorothalonil-Metaboliten - Anpassung des Berichts?	Der BR- Bericht zu Po. 20.4087 geht nach dem Urteil des BVGer, dass die meistgefundenen Chlorothalonil-Metaboliten nicht relevant und damit die meisten Massnahmen zur «Wiederherstellung der Trinkwasserqualität» der Gemeinden wohl unnötig waren, von falschen Annahmen aus. Der Bundesrat beantragt Abschreibung des Postulats. Wird er seinen Bericht, die Kostenfolgeabschätzung und die Weisung nun dem Gerichtsurteil anpassen? Wenn ja, bis wann?
26.7397	DE FR IT	Fra. Riem. Wird der Bund die Gemeinden für unnötige Trinkwasser-Massnahmen entschädigen?	Der BR- Bericht zu Po. 20.4087 spricht von Kostenfolgen von mehreren Hundert Millionen Franken für die Trinkwasserversorger. Nun hat das BVGer festgestellt, dass die meistgefundenen Chlorothalonil-Metaboliten nicht relevant sind. Damit sind/waren die meisten «Sanierungen» wohl unnötig. - Wieviele Gemeinden haben die Weisung 2024/1 (Vollzugstermin 31.5.2026) bereits erfüllt? - Wird der Bund die Gemeinden für die unnötigen Massnahmen entschädigen?
26.7408	DE FR IT	Fra. Haab. Aufhebung der Chlorothalonil-bedingten Sanierungspflicht für Trinkwasserversorger?	Gemäss Antwort BR zur Ip. 26.3405 bestätigt das BVGer das Verbot von Chlorothalonil. In der Medienmitteilung des Gerichts steht aber auch: «Vorab wird die Argumentation zurückgewiesen, wonach alle Chlorothalonil-Metaboliten relevant seien. Vielmehr ist an der Einstufung von vier Metaboliten als nicht relevant festzuhalten, darunter die relativ häufig im Grundwasser detektierten Metaboliten R471811 und R417888.» Muss das BLV nun nicht umgehend die Sanierungspflicht für Trinkwasseranlagen aufheben?

26.7409	DE FR IT	Fra. Haab. Warum hat das BLV seine Weisung an die Gemeinden nach dem BVGer-Urteil zu Chlorothalonil noch nicht angepasst?	Das BVGer-Urteil vom März 2026 zum Chlorothalonil-Verbot weist den vom BLV vertretenen Automatismus, dass alle Metaboliten der Relevanz der Muttersubstanz folgen, zurück, wenn die Nicht-Relevanz der Metaboliten nachgewiesen wird. Damit gilt für die Metaboliten nun ein höherer Höchstwert. Das BLV hat seine Weisung 2024/1 an Kantone und Gemeinden zur Wiederherstellung der Trinkwasserkonformität aber mit dem niedrigeren Höchstwert begründet. Warum hat das BLV seine Weisung noch nicht korrigiert?
26.7389	DE FR IT	Fra. Gartmann. Sozialversicherungsbetrug, kriminelle ausländische Clans plündern Schweizer Sozialwerke!?	Die St. Galler Staatsanwaltschaft warnt vor einer deutlichen Zunahme des organisierten Sozialversicherungsbetrugs durch international vernetzte Tätergruppen. Fälle in St. Gallen und Lausanne zeigen, dass mittels Scheindomizilen, fingierten Anstellungen und missbräuchlichen Leistungsbezügen Schäden in Millionenhöhe entstehen. - Was unternimmt der Bundesrat gemeinsam mit den Kantonen, um organisierten Sozialversicherungsbetrug wirksam zu bekämpfen? - Welche Herkunftsländer dominieren diese Delikte?
26.7394	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Verhinderung künftiger Kostenfolgen wegen zu tiefen Höchstwerten im Trinkwasser	In seiner Antwort zum Po. 20.4087 schreibt der Bundesrat noch in Unkenntnis des BVGer-Urteils vom 12. März 2026 «Diese Höchstwerte sind jedoch sehr streng und enthalten grosse Sicherheitsmargen. Es besteht daher nach aktuellem Wissensstand kein Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung». - Wird der Bundesrat künftig das Verhältnismässigkeitsprinzip wahren im Umgang mit Steuermitteln? - Wird er statt starren Vorsorgewerten auf den effektiven toxikologischen Daten beruhende Orientierungswerte einführen?
26.7422	DE FR IT	Fra. Gutjahr. AHV-Reform 2030: Vernehmlassung ohne Studiengrundlagen - Taktik?	Der Bundesrat verweist im erläuternden Bericht zur AHV 2030 im Kapitel "Auswirkungen auf die Wirtschaft" auf zwei Forschungsberichte des BSV (Nr. 7/26 und Nr. 8/26). Beide sind gemäss Fussnote "noch nicht veröffentlicht". Es gibt keine Möglichkeit, die Grundlagen zu prüfen. - Wie rechtfertigt der Bundesrat die Eröffnung einer Vernehmlassung, bevor die zugrunde liegenden Studien öffentlich zugänglich sind? - Wann werden diese veröffentlicht? Ist er bereit, die Vernehmlassungsfrist zu verlängern?
26.7427	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Heilmittelgesetz und Kosten Corona Impfstoff : Weshalb werden Schweizer Gesetze verletzt?	Laut Art. 58 Abs. 4 des Schweizer Heilmittelgesetzes kann die Heilmittelbehörde Swissmedic bei Herstellern von Medizinprodukten Auskünfte, Unterlagen und andere erforderliche Unterstützung anfordern, ohne dass diese Unterstützungen abgegolten werden müssen. Die Kosten, welche durch Studien entstehen können, müssen selbst getragen werden, falls Swissmedic dies verlangt. Wieso wurde die Firma Moderna und deren Covid-19 Impfstoff Spikevax von allen Kosten, Ansprüchen und Haftungen freigestellt?

26.7433	DE FR IT	Fra. Pamini. Kulturgütertransfersgesetz – Auswirkungen auf den Kunstmarkt	- Welche Auswirkungen hatten die Verabschiedung und die Änderungen des Kulturgütertransfersgesetzes und von dessen Verordnung – insbesondere die Aufnahme von Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe <i>cbis</i> – auf die Einfuhren von Kulturgütern in die Schweiz und auf den Handel mit Kunstwerken in der Schweiz? - Verfügt der Bundesrat über aktualisierte Zahlen zur Entwicklung der Handelsströme und zu den wirtschaftlichen Auswirkungen für die Akteure auf dem Schweizer Kunstmarkt seit dem Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2005?
26.7435	DE FR IT	Fra. Pamini. Kulturgütertransfersgesetz – Verurteilungen wegen Gesetzesverstössen	- Wie viele Strafbefehle wurden wegen mutmasslicher Vergehen nach Artikel 24 KGTG seit dem Inkrafttreten des Gesetzes erlassen? - Wie viele dieser Verfahren haben zu einem rechtskräftigen Urteil geführt? Der Bundesrat wird gebeten, die Antwort in einer einzigen Zahlentabelle vorzulegen, die nach Art des Verstosses, Ausgang des Verfahrens und Jahr gegliedert ist.
26.7436	DE FR IT	Fra. Pamini. Kulturgütertransfersgesetz – Ausfuhren von der Schweiz in die EU	Laut Eurostat beliefen sich die Einfuhren von Kulturgütern aus Nicht-EU-Ländern in das Zollgebiet der EU im Jahr 2022 auf 21,3 Milliarden Euro, wovon 14 Prozent (3 Mrd. Euro) aus der Schweiz stammten. - Verfügt der Bundesrat über aktualisierte Daten zu diesen Handelsströmen und zu deren Entwicklung nach den jüngsten Änderungen des Kulturgütertransfersgesetzes? - Wie beurteilt er die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz?

Büro

26.7391	DE FR IT	Fra. Vontobel. SDA-Meldungen auf parlament.ch	Auf parlament.ch werden SDA-Meldungen publiziert, die von vielen Lesern als offizielle Informationen des Parlaments wahrgenommen werden dürften. 1. Werden alle SDA-Meldungen mit Bezug zum Parlament veröffentlicht? 2. Falls nein: Wer entscheidet über die Auswahl und wer trägt die Verantwortung dafür?
---------	--	--	--